



Konjunktur auf Talfahrt

DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2019

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

**Herausgeber
und Copyright**

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der
Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet: www.dihk.de
Facebook: www.facebook.com/DIHKBerlin
Twitter: [http://twitter.com/DIHK_News](https://twitter.com/DIHK_News)

Redaktion

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Melanie Vogelbach, Katharina Huhn, Dr. Kathrin Andrae, Elisabeth Bartke,
Dr. Susanne Gewinnus, Christopher Gosau, Kevin Heidenreich, Dr. Ulrike Regele

Layout

Friedemann Encke, Sebastian Titze

Bildnachweise

www.gettyimages.com

Stand

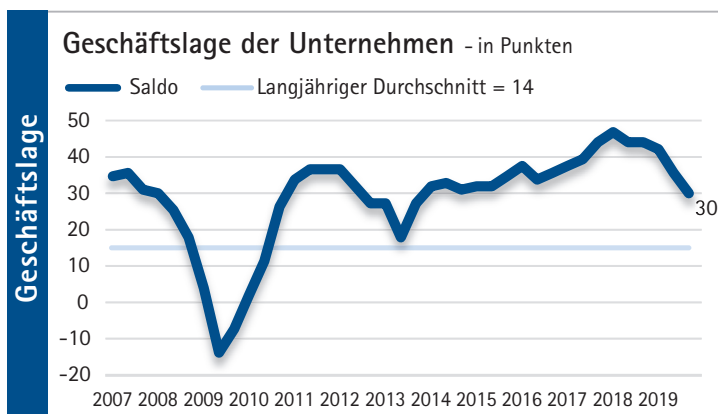
Oktober 2019

Inhalt

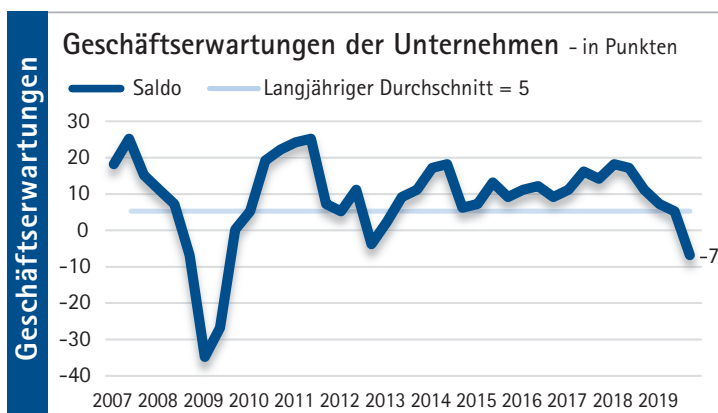
Konjunktur in Deutschland auf einen Blick	4
Geschäftslage	6
Geschäftserwartungen	10
DIHK-Konjunkturklimaindikator	16
Exporterwartungen	17
Blick in die Weltregionen	21
Investitionsabsichten	24
Beschäftigungsabsichten	28
Konjunktur in den Wirtschaftszweigen	32
Industrie	32
Baugewerbe	35
Handel	37
Dienstleistungen	40
Konjunktur in den Regionen	43
IHK-Konjunkturumfragen	44
Norden	45
Osten	47
Süden	49
Westen	51
Anhang	53
Fragebogen	54
Methodik	55
Zeitreihen der DIHK-Umfragen	56

Deutschlands Konjunktur auf einen Blick

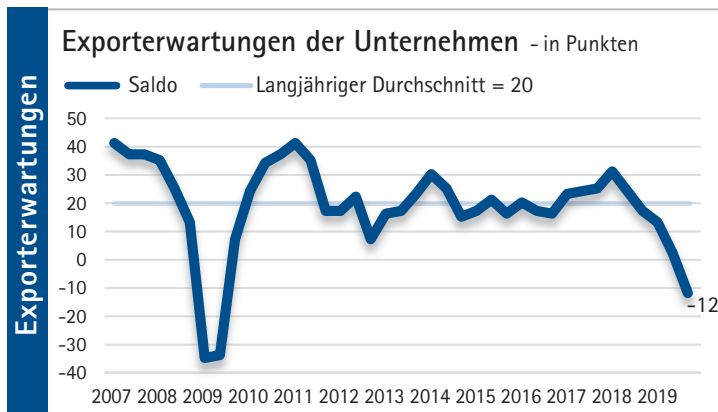
Herbst 2019



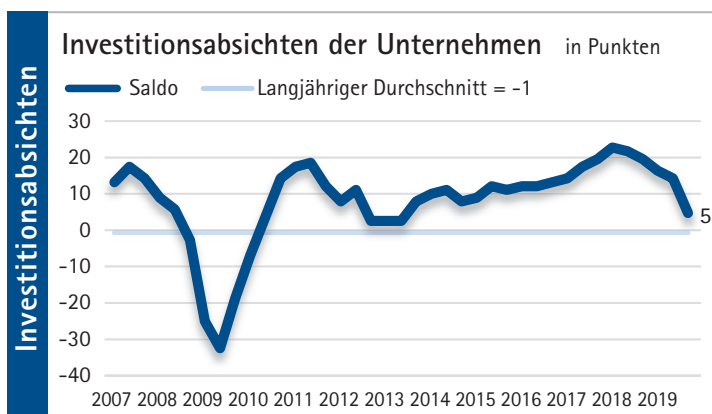
Im Herbst trübt sich die **Geschäftslage** der Unternehmen das dritte Mal in Folge deutlich ein. Der außenwirtschaftliche Gegenwind trifft nunmehr die Breite der Industrie. Die Abkühlung hinterlässt mittlerweile auch sichtbare Spuren bei industrienahen Dienstleistern und Großhändlern. Die im Herbst saisonübliche Lageaufhellung im Bau fällt in diesem Jahr auffallend schwach aus. Konsumnahe Branchen wie der Einzelhandel und der Tourismus profitieren weiterhin von der stabilen Binnennachfrage.



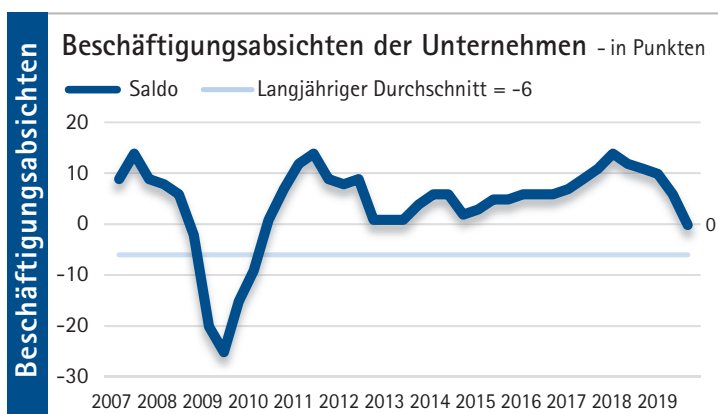
Die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen erleiden einen deutlichen Einbruch. Nachdem zunächst vornehmlich die Erwartungen in der exportorientierten Industrie zurückgingen, erfasst der Rückgang mehr und mehr die binnenorientierten Dienstleister, den Handel und sogar das Baugewerbe. Zudem ist die Finanzwirtschaft abermals betroffen. Insbesondere die weltweit aktiven Mittelständler (ab 200 Mitarbeiter) und Großunternehmen (mehr als 1.000 Mitarbeiter) sind verunsichert. So häufig wie noch nie seit Erhebungsbeginn 2010 sehen die Unternehmen wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen als Risiko für ihre Geschäftsentwicklung.



Der Saldo der **Exportserwartungen** in der Industrie fällt deutlich in den negativen Bereich. So viele Unternehmen wie noch nie seit der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise nennen die schleppende Auslandsnachfrage als Risiko für die künftige Geschäftsentwicklung. Wachsender Protektionismus auf zahlreichen Märkten, eskalierende Handelskonflikte und der Brexit sorgen für schwache Ausfuhrerwartungen.



Die **Investitionsabsichten** der Unternehmen sinken zum fünften Mal in Folge. Dabei beschleunigt sich der Rückgang im Herbst noch. Während Ersatzbedarf, Rationalisierung und Umweltschutz stärker in den Fokus der investiven Maßnahmen rücken, verliert die Kapazitätsausweitung an Bedeutung. Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlagen auf die Investitionsneigung der Unternehmen. Zurückhaltung zeigt sich in allen Wirtschaftszweigen, vor allem in der Industrie und aber auch im Baugewerbe. Über alle Größenklassen hinweg reduzieren sich die Investitionspläne – am stärksten bei den mittelgroßen und großen Industrieunternehmen.



Die verschlechterten Konjunkturaussichten hinterlassen bei den **Beschäftigungsabsichten** deutliche Spuren – größtes Geschäftsrisiko ist und bleibt jedoch der Fachkräftemangel. Industrieunternehmen sind stark betroffen. Die Beschäftigungssituation im Handel, dem Baugewerbe und dem Dienstleistungssektor bleibt gegenwärtig weitgehend stabil. Während kleine und mittelständische Unternehmen unter 200 Mitarbeitern ihre Stammbesetzung halten oder sogar neues Personal einstellen wollen, sind größere Unternehmen aufgrund der schlechten Geschäftslage eher zurückhaltend.

Geschäftslage der Unternehmen

*„Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage
Ihres Unternehmens?“*



Geschäftslage getrübt

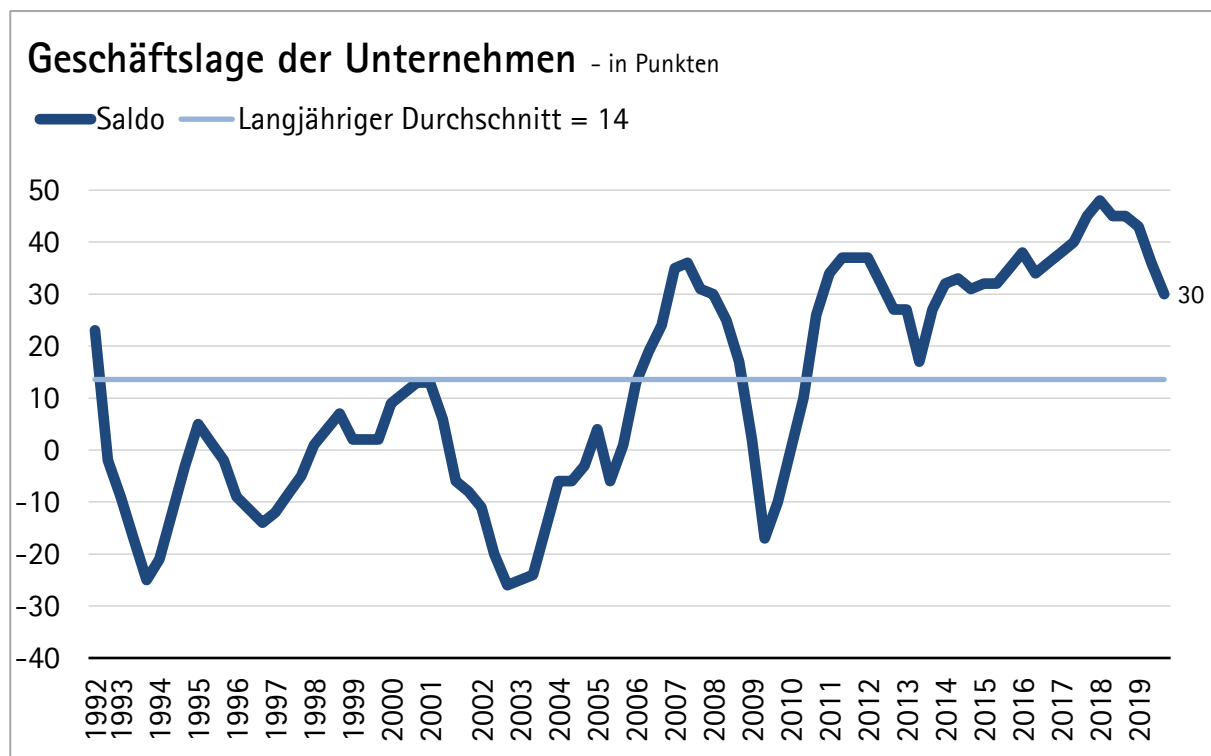
Im Herbst trübt sich die Geschäftslage der Unternehmen das dritte Mal in Folge deutlich ein. Der außenwirtschaftliche Gegenwind trifft nunmehr die Breite der Industrie. Die Abkühlung hinterlässt mittlerweile auch sichtbare Spuren bei industrienahen Dienstleistern und Großhändlern. Die im Herbst saisonübliche Lageaufhellung im Bau fällt in diesem Jahr auffallend schwach aus. Konsumnahe Branchen wie der Einzelhandel und der Tourismus profitieren weiterhin von der stabilen Binnennachfrage.

Nur noch weniger als die Hälfte der Unternehmen (41 Prozent) bewertet ihre Lage derzeit mit „gut“, während elf Prozent von einer „schlechten“ Lage sprechen. Der Saldo als Differenz dieser Anteile liegt mit 30 Punkten zwar weiterhin deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 14 Punkten. Im Vorjahresvergleich hat sich die Geschäftslage allerdings spürbar abgekühlt (Herbst 2018: 45 Punkte). Stabilisierend wirkt nach wie vor die Binnennachfrage, gestützt durch die gute Arbeitsmarktentwicklung und ein weiterhin niedriges Zinsniveau. Insbesondere im internationalen und europäischen Kontext laufen die Geschäfte aber nicht mehr so reibungslos wie zuvor.

Tiefe Schleifspuren in der Industrie – Gegenwind vom Export

Die Lagebewertung der Industrie legt eine regelrechte Talfahrt hin. Der Saldo sinkt von 34 auf 16

Punkte. Das ist der stärkste Rückgang seit Frühsommer 2009. In Schlüsselbranchen wie dem Werkzeugmaschinenbau ist der Saldo mit minus vier Punkten negativ, ein Rückgang von 33 Punkten im Vergleich zur Vorumfrage. Ähnlich herausfordernd sieht es bei der Kfz-Zulieferindustrie aus (Saldorückgang von 22 Punkten auf minus 19 Punkte). In allen industriellen Hauptgruppen sehen die Unternehmen schlechtere Geschäfte. Im Vergleich am positivsten fallen die Bewertungen noch bei den Herstellern von Ge- und Verbrauchsgütern aus (Saldo von 15 Punkten). Aber auch hier resultieren die Nachfragesorgen in einem deutlichen Abschlag bei der Lagebeurteilung (Saldorückgang um 14 Punkte im Vergleich zum Frühsommer). Stärkere Abschlüsse zeigen sich bei den Vorleistungsgüterproduzenten (Saldorückgang von minus 22 ggü. der Vorumfrage bzw. minus 38 Punkte ggü. dem Vorjahr auf nun zehn Punkte), die nicht nur in einem harten internationalen Wettbewerb stehen, sondern oftmals auch energieintensiv arbeiten. Hier



Geschäftslage der Unternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)

	gut	befriedigend	schlecht	Saldo
Herbst 2017	51	43	6	45
Jahresbeginn 2018	54	40	6	48
Frühsommer 2018	51	43	6	45
Herbst 2018	52	41	7	45
Jahresbeginn 2019	50	43	7	43
Frühsommer 2019	45	46	9	36
Herbst 2019	41	48	11	30

sind die Unternehmen weiterhin hohen Belastungen ausgesetzt, denn Deutschland ist Höchststrompreis-Land.¹

Ähnlich stark wie in den anderen Hauptgruppen trüben sich die Lagebewertungen der Investitionsgüterhersteller ein (Saldo: 19 nach zuvor 37 Punkten). In dieser zyklisch reagierenden Hauptgruppe befinden sich die Lageeinschätzungen allerdings bereits seit fünf Umfragen bzw. seit Jahresbeginn 2018 im Sinken. Insgesamt ist die Kapitalgütersparte auf ein gutes Investitionsklima angewiesen – hierzulande wie weltweit. International sorgt aber derzeit die Vielzahl handelspolitischer Konflikte für Verunsicherung. Die global langsamere Gangart sorgt auch für eine nachlassende Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern. Zudem haben auf dem Heimatmarkt der wirtschaftspolitischen Herausforderungen zugenommen. Die Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Standorts sinkt, die Betriebe identifizieren mittlerweile etliche Investitionsbremsen wie eine zu hohe Steuerbelastung sowie ebenso hohe Energiepreise. Unter den Investitionsgüterherstellern kämpft vor allem die Automobilindustrie mit starken strukturellen Problemen und regulatorischen Herausforderungen. Die verminderte und in Teilen bereits veränderte Produktion bekommen auch die Zulieferer zu spüren.

Großhandel und unternehmensnahe Dienstleister - Dämpfer im Netzwerk Industrie

Die Breite der nachlassenden Konjunktur zeigt sich auch in den angrenzenden Branchen. Viele verbundene Handels- und Dienstleistungssparten können sich im Herbst dem Abschwung nicht entziehen. Die stark international orientierten Handelsvermittler sowie der Großhandel berichten von einer deutlichen

Abkühlung ihrer Geschäfte (Saldorückgang von neun bzw. zehn Punkten). Kräftige Abstriche machen auch die Post-, Kurier- und Expressdienste (Saldoverschlechterung um 14 auf neun Punkte) sowie die Forschungs- und Entwicklungsdienstleister (Saldoverschlechterung um 17 auf 40 Punkte). Insgesamt sind dies Indikatoren für eine gebremste konjunkturelle Gangart.

Einzelhandel und personennahe Dienstleister – Konsum stemmt sich gegen den Abschwung

Die Lagebewertungen in den konsumnahen Branchen sind heterogen. Nach einem außerordentlich guten Sommer haben sich die Geschäfte im Gastgewerbe merklich verbessert (Saldoanstieg um acht auf 42 Punkte im Vergleich zum Frühsommer 2019). Die Stimmung im Einzelhandel bleibt stabil auf einem in der Langfristbetrachtung guten Niveau (Saldo von unverändert 23 Punkten). Bei den Reisevermittlern (Saldoanstieg um zwölf auf 27 Punkte) und bei personenbezogenen Dienstleistungen wie Wäschereien, Frisörsalons, Saunen und Solarien (Saldoanstieg um fünf auf 31 Punkte) ist die Stimmung besser als im Frühsommer.

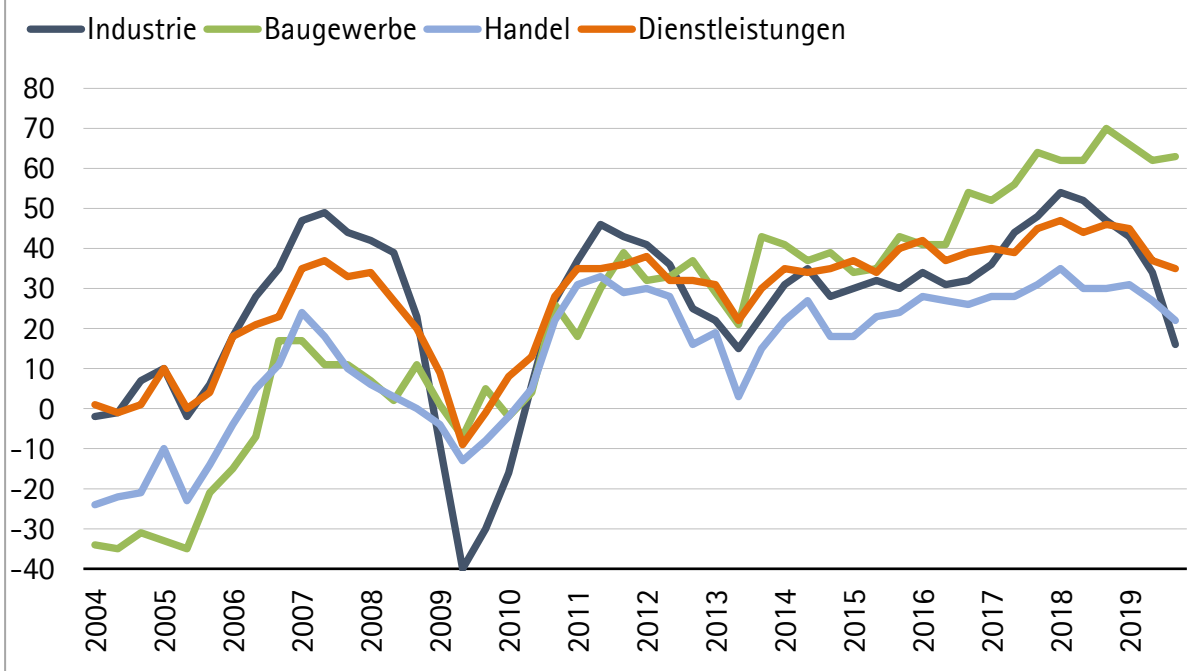
Verglichen mit dem Vorjahresherbst sehen sich aber insgesamt auch die Unternehmen in immer mehr Konsumbranchen allmählich mehr Gegenwind ausgesetzt (Saldorückgang beim Gastgewerbe von minus 4 Punkten, bei den personenbezogenen Dienstleistungen von minus 7 Punkten).

¹ Vgl. [Energiewende-Barometer 2019 der IHK-Organisation](#)
„Strompreise drücken auf die Stimmung“, Sept. 2019

Geschäftslage der Unternehmen (Saldo in Punkten)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	Gesamt
Herbst 2017	48	64	31	45	45
Jahresbeginn 2018	54	62	35	47	48
Frühsommer 2018	52	62	30	44	45
Herbst 2018	47	70	30	46	45
Jahresbeginn 2019	43	66	31	45	43
Frühsommer 2019	34	62	27	37	36
Herbst 2019	16	63	22	35	30

Geschäftslage nach Wirtschaftszweigen – in Punkten



Davon losgelöst beurteilen mittlerweile die KFZ-Händler ihre aktuelle Geschäftslage deutlich schlechter (neuer Saldo: 14 nach zuvor 25 Punkten). Insgesamt bieten Beschäftigungszuwächse sowie steigende Realeinkommen zwar grundsätzlich gute Konsumperspektiven, ein unsicheres (umwelt-)politisches und wirtschaftliches Umfeld hinterlassen bei Verbrauchern und Unternehmen aber ihre Spuren.

Baudynamik lässt nach

Die im Herbst saisonübliche Lageaufhellung im Bau fällt in diesem Jahr mit nur einem Punkt Zuwachs im Vergleich zum Frühsommer vergleichsweise schwach aus. Im Vergleich zum Vorjahresherbst geht der Saldo um sieben Punkte zurück. Mit dem aktuellen Lagesaldo von 63 Punkten laufen die Geschäfte der

Bauwirtschaft zwar weiter auf einem sehr guten Niveau, mit der Baubranche relativ eng verbundene Branchen wie Architekturbüros und die Gebäudebetreuung können jedoch weiter vom Bauboom profitieren (Lagesaldo: 55 Punkte, Frühsommer: 56 bzw. Lagesaldo: 55 Punkte, Frühsommer: 52 Punkte). Im Wohnungsbau werden weitere Zuwächse unter anderem durch steigende Grundstückspreise begrenzter. Der Wirtschaftsbau leidet bereits unter der Eintrübung des Investitionsklimas. Die erhofften Impulse beim öffentlichen Bau schlugen sich vor allem aufgrund fehlender Planungskapazitäten bislang begrenzt in konkreten Aufträgen nieder. Nicht zuletzt der Fachkräftemangel erschwert den Architektur- und Ingenieurbüros ihr Leistungsangebot (Saldorückgang von elf Punkten im Vergleich zum Herbst 2018).

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?



Ausblick verfinstert sich

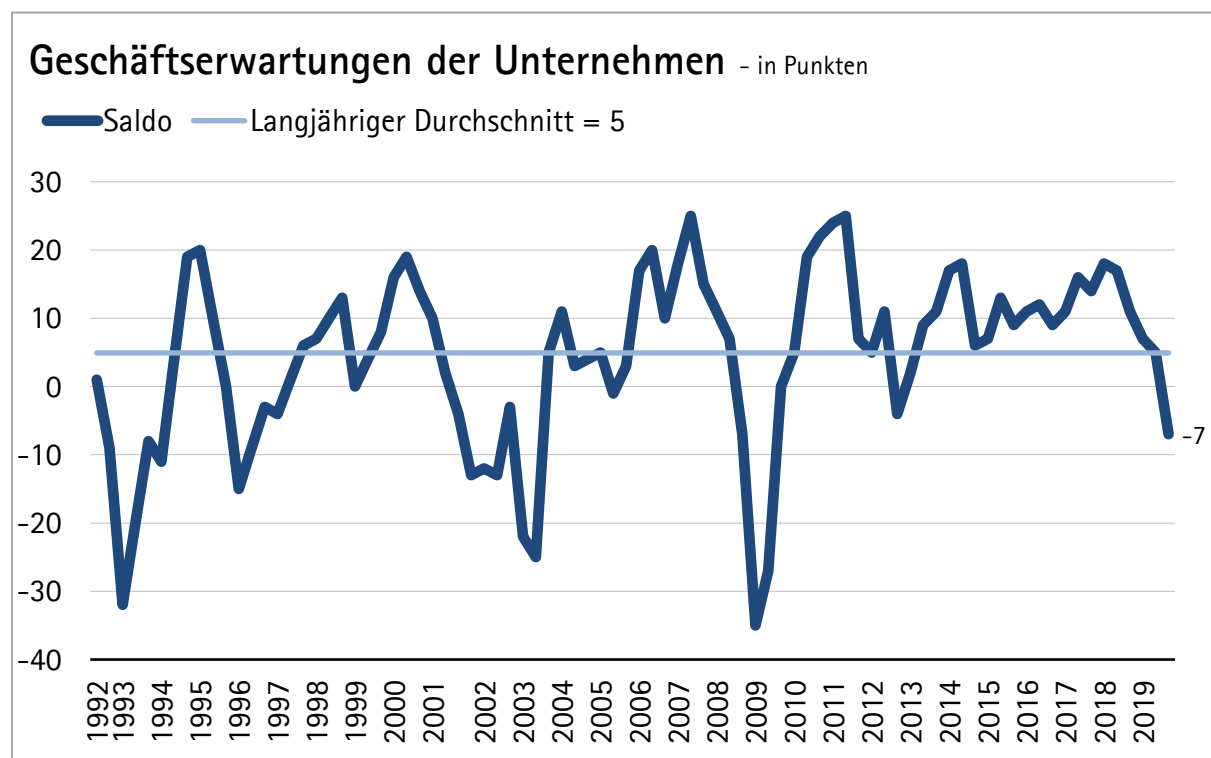
Die Geschäftserwartungen der Unternehmen erleiden einen deutlichen Einbruch. Nachdem zunächst vornehmlich die Erwartungen in der exportorientierten Industrie zurückgingen, erfasst der Rückgang mehr und mehr die binnenorientierten Dienstleister, den Handel und sogar das Baugewerbe. Zudem ist die Finanzwirtschaft abermals betroffen. Insbesondere die weltweit aktiven Mittelständler (ab 200 Mitarbeiter) und Großunternehmen (mehr als 1.000 Mitarbeiter) sind verunsichert. So häufig wie noch nie seit Erhebungsbeginn 2010 sehen die Unternehmen wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen als Risiko für ihre Geschäftsentwicklung.

Nur noch 16 Prozent der Unternehmen erwarten in den kommenden Monaten bessere Geschäfte. 23 Prozent rechnen mit einem Rückgang. Der daraus resultierende Saldo aus „besser“ minus „schlechter“ Meldungen liegt mit minus sieben Punkten deutlich im negativen Bereich. Noch im Frühsommer lag der Wert bei einem Saldo von 5 Punkten. Er ist damit unter den langjährigen Durchschnitt von fünf Punkten gesackt. Immerhin 61 Prozent der Unternehmen erwarten keine Veränderung der Geschäftstätigkeit.

Industrie besonders zurückhaltend

Die Geschäftserwartungen des verarbeitenden Gewerbes sinken zum fünften Mal in Folge. Der Saldo sinkt um 16 Punkte gegenüber der Vorumfrage und sogar um 27 Punkte gegenüber der Vorjahresumfrage. Der Rückgang ist damit im Vergleich der Wirt-

schaftszweige am deutlichsten. Neben den außenwirtschaftlichen Herausforderungen kommen strukturelle Fragen immer stärker zum Vorschein. Der eng mit der Industrie verbundene Großhandel ist ebenso negativ gestimmt (Saldorückgang um 16 auf minus elf Punkte). Der Großhandel ist eine der ersten Branchen, die konjunkturelle Durststrecken spüren. Diejenigen Unternehmen, die mit einer Verschlechterung ihrer Geschäftsaussichten rechnen, betrachten die Inlandsnachfrage als größtes Risiko (65 Prozent). Internationale Handelskonflikte, der Brexit und die schwächelnde Weltkonjunktur verunsichern die Unternehmen zusehends und lassen sie Entscheidungen über Investitionen überdenken. Dazu passt, dass so viele Industrieunternehmen wie nie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risiko nennen (47 Prozent).



Geschäftserwartungen der Unternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)

	besser	gleichbleibend	schlechter	Saldo
Herbst 2017	25	64	11	14
Jahresbeginn 2018	27	64	9	18
Frühsommer 2018	26	65	9	17
Herbst 2018	22	67	11	11
Jahresbeginn 2019	22	63	15	7
Frühsommer 2019	21	63	16	5
Herbst 2019	16	61	23	-7

Besonders deutlich fällt der Rückgang der Geschäftserwartungen bei den Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten aus (Saldorückgang jeweils um 19 auf minus 20 bzw. minus 19 Punkte). In der Metall-erzeugung und -bearbeitung (Saldo minus 35 Punkte), im Maschinenbau (Saldo minus 25 Punkte) und im Kraftfahrzeugbau (Saldo minus 24 Punkte) tätige Unternehmen bilden hier die Schlusslichter. Das liegt auch daran, dass die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten für diese international ausgerichteten Unternehmen durch Handelskonflikte sehr hoch sind. Häufig fehlt es derzeit nicht nur an der Nachfrage. Die Ausgestaltung der Zuliefererketten wird immer komplexer.

Insbesondere Investitionsgüterproduzenten erwarten aufgrund der gesunkenen Investitionsbereitschaft – hierzulande und weltweit – schlechtere Geschäfte. Dazu kommen strukturelle Herausforderungen und Transformationen: Industrie 4.0, Digitalisierung und Technologieänderungen, nicht zuletzt die Umstellung auf neue Antriebstechnologien im Kraftfahrzeugbau. Die Folgen für die Geschäftsmodelle sind für die Betriebe aktuell schwer abschätzbar. Klar ist, dass die Änderungen Kosten und Unwägbarkeiten u. a. für die Automobilindustrie mit sich bringen. Ganze Geschäftsmodelle, vor allem von Zulieferern, werden neugestaltet. Hinzu kommt, dass genau jenen für eine Umstellung sehr wahrscheinlich die nötige Finanzierung fehlen wird: In der klassischen bankbasierten Finanzierung schränken die aufsichtsrechtlichen Anforderungen die Spielräume der kreditgebenden Wirtschaft immer weiter ein und Zulieferer haben zumeist keinen Kapitalmarktzugang.

Auch den großen Serviceunternehmen macht der Rückgang in der Industrie zu schaffen. Unter ihnen befinden sich viele unternehmensnahe Dienstleister, zum Beispiel in Verkehr und Lagerei, die ihre Geschäftserwartungen im Vergleich zur Vorumfrage

deutlich zurückgesetzt haben. (Frühsommer 2019: minus vier Punkte, Herbst 2019: minus 20 Punkte).

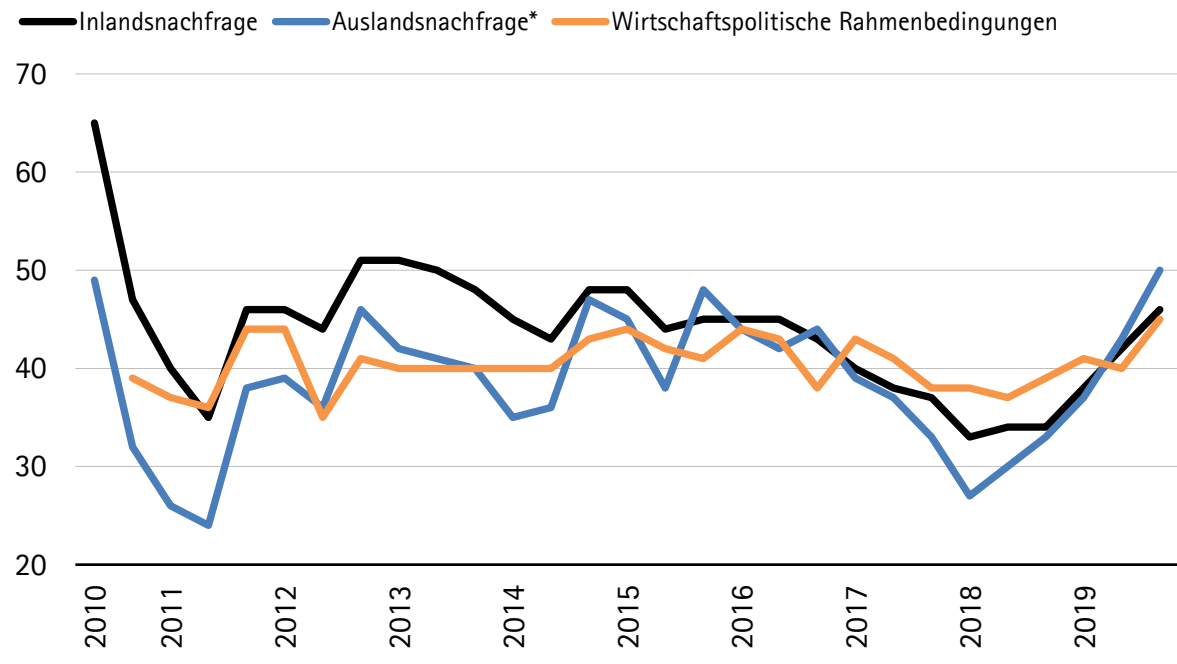
Auf-Bau oder Ab-Bau?

Auch beim Bau – bisher ein Garant für eine stabile Binnenwirtschaft und damit konjunkturelle Entwicklung – verschlechtern sich die Erwartungen im Vergleich zum Frühsommer deutlich und nehmen ebenfalls im Vergleich zum Vorjahr merklich ab (aktueller Saldo: minus vier Punkte; Vorumfrage elf Punkte; Vorjahr neun Punkte). Vor allem der Wirtschaftsbau spürt bereits Auswirkungen der schwächelnden Konjunktur in der Industrie. Beim Wohnungsbau gibt es dagegen weiterhin eine große Dynamik. Die Maßnahmen der Bundesregierung hinsichtlich Baukindergeld, Sonderabschreibungen für Mietwohnungsbauten und steuerliche Entlastungen sowie die günstigen Zinskonditionen führen in dieser Baubranche zu im Vergleich gesehen stabilen Geschäftsaussichten.

Dienstleister wackeln

Auch die Dienstleistungsbranche blickt zurückhaltender in die Zukunft (Saldo minus drei nach zuvor sieben Punkten) – wenn auch weniger pessimistisch als die Gesamtwirtschaft. Die unternehmensnahen Dienstleister in der Lagerhaltung (Saldo -29 Punkte), Dienstleister für den Luft- und Landverkehr (Saldo -25 Punkte), Unternehmen aus dem Bereich der Überlassung von Arbeitskräften (Saldo -22 Punkte) und das Kreditgewerbe (Saldo -41 Punkte) schauen besonders skeptisch auf die kommenden Monate. Positive Impulse kommen derzeit noch von IT-Dienstleistern (Saldo 18 Punkte), der Medien- und Filmwirtschaft (Saldo 17 Punkte) sowie von Versicherungen (Saldo 19 Punkte) und Wirtschaftsprüfern (13 Punkte).

Geschäftsrisiken - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



Geschäftsrisiken (in Prozent *Export-Industrie)

	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2017	37	33	10	40	56	18	30	38
Jahresbeginn 2018	33	27	10	42	60	13	32	38
Frühsommer 2018	34	30	10	42	61	14	30	37
Herbst 2018	34	33	9	41	62	14	34	39
Jahresbeginn 2019	38	37	9	43	61	11	36	41
Frühsommer 2019	42	43	9	42	59	9	32	40
Herbst 2019	46	50	9	40	56	9	32	45

Binnenorientierte Unternehmen optimistischer

Während der außenpolitische Gegenwind der Industrie die Exportaussichten einbremst, profitieren diejenigen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die mehr inlandsorientiert sind, von der noch robusten Binnennachfrage. So haben Unternehmen mit 1-19 und 20-199 Beschäftigten bessere Geschäftserwartungen als jene mit über 200 Mitarbeitern. Konsumnahe Dienstleister und der Einzelhandel profitieren weiterhin von einer Beschäftigung auf Rekordniveau und der positiven Entwicklung der Realeinkommen. Allerdings kommen auch hier erste Zweifel über die zukünftigen Geschäfte auf (Einzelhandel: Saldorückgang um fünf auf minus zwei Punkte).

Nachfragesorgen nehmen weiter zu ...

Deutlich mehr Unternehmen sehen die nachlassende Inlandsnachfrage als Risiko für ihre Geschäftsentwicklung (46 nach 42 Prozent Vorumfrage und 34 Prozent in der Vorjahresumfrage). Vor allem in der Industrie sorgen sich inzwischen 57 Prozent der Unternehmen um den Absatz ihrer Produkte im Inland – 20 Prozentpunkte mehr als noch vor einem Jahr. Auch im Dienstleistungssektor nehmen die Sorgen in der Breite zu – wenn auch weniger deutlich (40 nach 37 Prozent). Sogar beim bisher optimistischen Bau trübt die Inlandsnachfrage die Erwartungen der Unternehmen. 32 Prozent (nach zuletzt 27 Prozent) betrachten sie inzwischen als Risiko. Zugewonnen hat



Häufigste Freitextantworten zum Geschäftsrisiko „Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen“

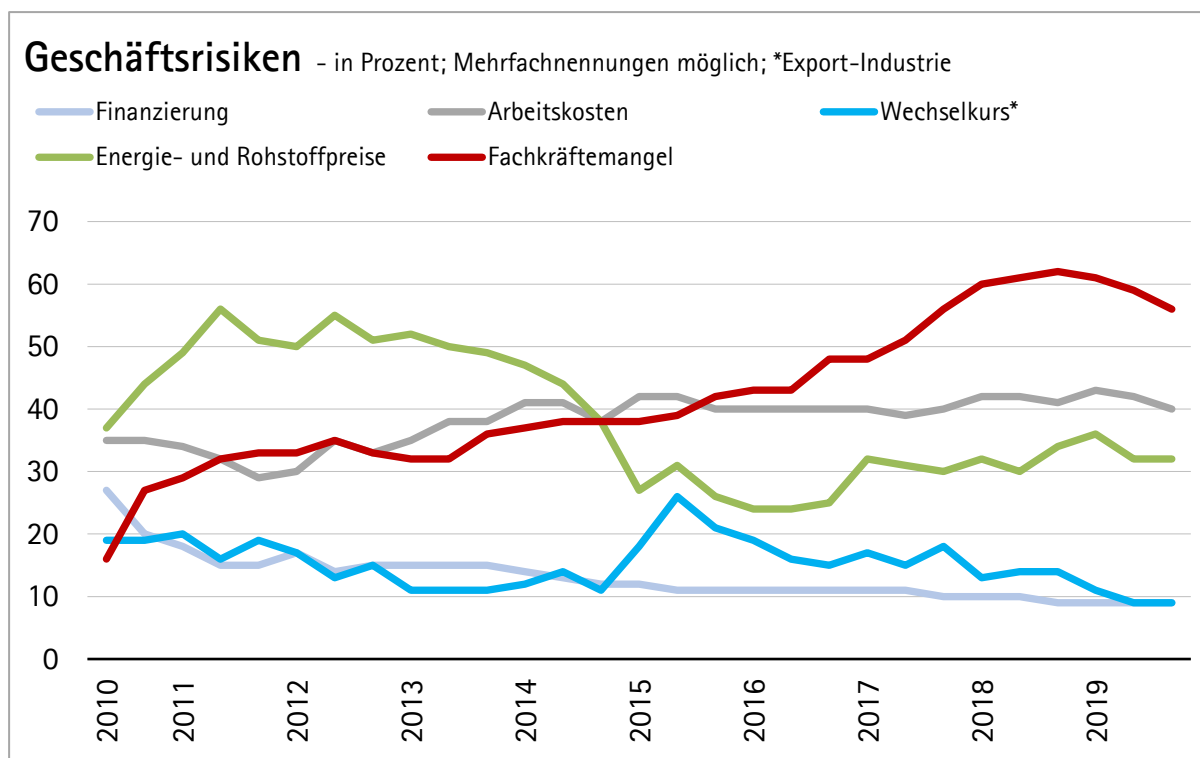
im Bau auch die Sorge um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (35 nach zuletzt 29 Prozent, und 27 Prozent in der Vorumfrage). Regulierungen am Wohnungsmarkt werden hier als Risiko eingeschätzt. Dennoch bleibt der Fachkräftemangel in der Baubranche bei konstanten 79 Prozent das mit Abstand größte Risiko.

... und Wirtschaftspolitik bremst

Bei den eingetrübten Geschäftserwartungen blicken viele Unternehmen mit Sorge auf die Wirtschaftspolitik. Mittlerweile sehen 45 Prozent (Vorumfrage: 40 Prozent) der Unternehmen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung – ein Höchstwert seit Beginn der Fragestellung im Jahr 2010. Im internationalen Wettbewerb droht der heimische Standort ins Hintertreffen zu geraten. In den knapp 6.000 Freitextantworten nennen die Unternehmen besonders häufig die im internationalen Vergleich hohe Steuerbelastung und die Bürokratiekosten als Belastung. Auch die Umweltpolitik und strukturelle Veränderungen in der Automobilindustrie – hin zur Elektromobilität – werden vielfach als Risiken genannt. Die Unternehmen sind vielfach in Sorge, dass die Klimaschutzgesetzgebung zur Belastung gerade im internationalen Wettbewerb wird.

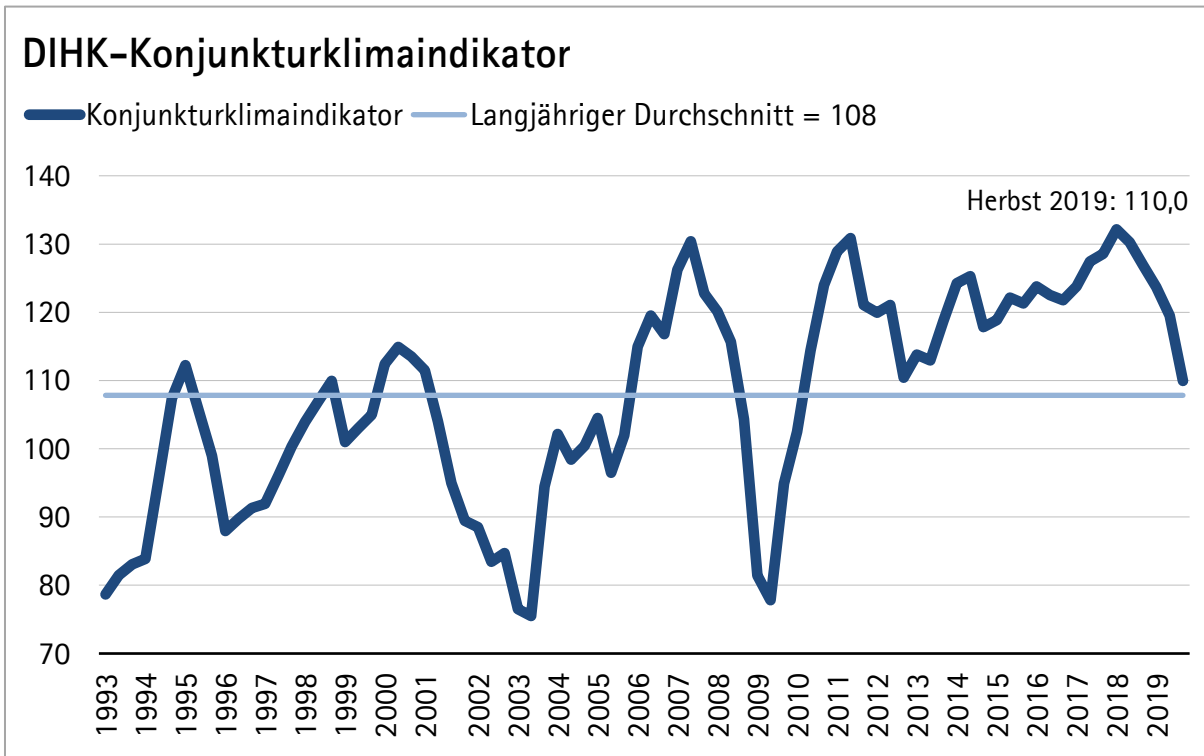
Internationale Verunsicherung

Verwerfungen in der internationalen Handelspolitik erhöhen die Unsicherheiten der Unternehmen und stellen Investitionsentscheidungen in Frage. Gerade in der Industrie schrauben die Unternehmen ihre Exporterwartungen deutlich zurück (Exportsaldo: minus zwölf Punkte, Frühsommer: zwei Punkte). Besonders die auslandsaktiven Investitionsgüterproduzenten reduzieren merklich ihre Exporterwartungen (um 18 auf minus 13 Punkte), allen voran der Maschinen- und Kraftfahrzeugbau (minus 20 bzw. minus 19 Punkte nach zwei bzw. null Punkten). Vor dem Hintergrund des aktuellen Handelskonflikts werden sowohl die USA als auch China besonders häufig als Gründe für wirtschaftspolitischen Bauchschmerzen genannt. Kurz vor dem avisierten Austrittsdatum 31. Oktober 2019, rückt auch der Brexit als Geschäftsrisiko noch stärker in den Fokus der Unternehmen. Zum Zeitpunkt der Befragung war weiterhin keine Regelung über ein mögliches Austrittsabkommen des Vereinigten Königreichs aus der EU in Sicht. Insofern bleibt die Sorge der Unternehmen mit Blick auf ihre zukünftigen Geschäftsbeziehungen groß.



DIHK-Konjunkturklimaindikator

Die Unternehmen bewerten ihre Geschäftslage und ihre Geschäftserwartungen deutlich negativer. Der DIHK-Klimaindikator als Mittel beider Größen (siehe Methodik) geht daher zurück.



DIHK-Konjunkturklimaindikator

(geometrisches Mittel aus Geschäftslage und Geschäftserwartungen)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	Gesamt
Herbst 2017	132,2	133,1	121,1	127,4	128,6
Jahresbeginn 2018	138,2	136,5	123,0	130,6	132,2
Frühsommer 2018	135,1	138,8	119,6	129,8	130,2
Herbst 2018	128,3	136,1	117,9	127,3	126,9
Jahresbeginn 2019	123,1	133,9	115,6	125,1	123,7
Frühsommer 2019	116,3	134,1	114,4	121,1	119,5
Herbst 2019	99,3	125,1	106,5	114,4	110,0

Exporterwartungen der Unternehmen

Mit welcher Entwicklung der Exporte rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?



Gebremste Weltwirtschaft trifft Exporte

Der Saldo der Exporterwartungen in der Industrie fällt deutlich in den negativen Bereich. So viele Unternehmen wie noch nie seit der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise nennen die schleppende Auslandsnachfrage als Risiko für die künftige Geschäftsentwicklung. Wachsender Protektionismus auf zahlreichen Märkten, eskalierende Handelskonflikte und der Brexit sorgen für schwache Ausfuhrerwartungen.

Exporte unter Druck

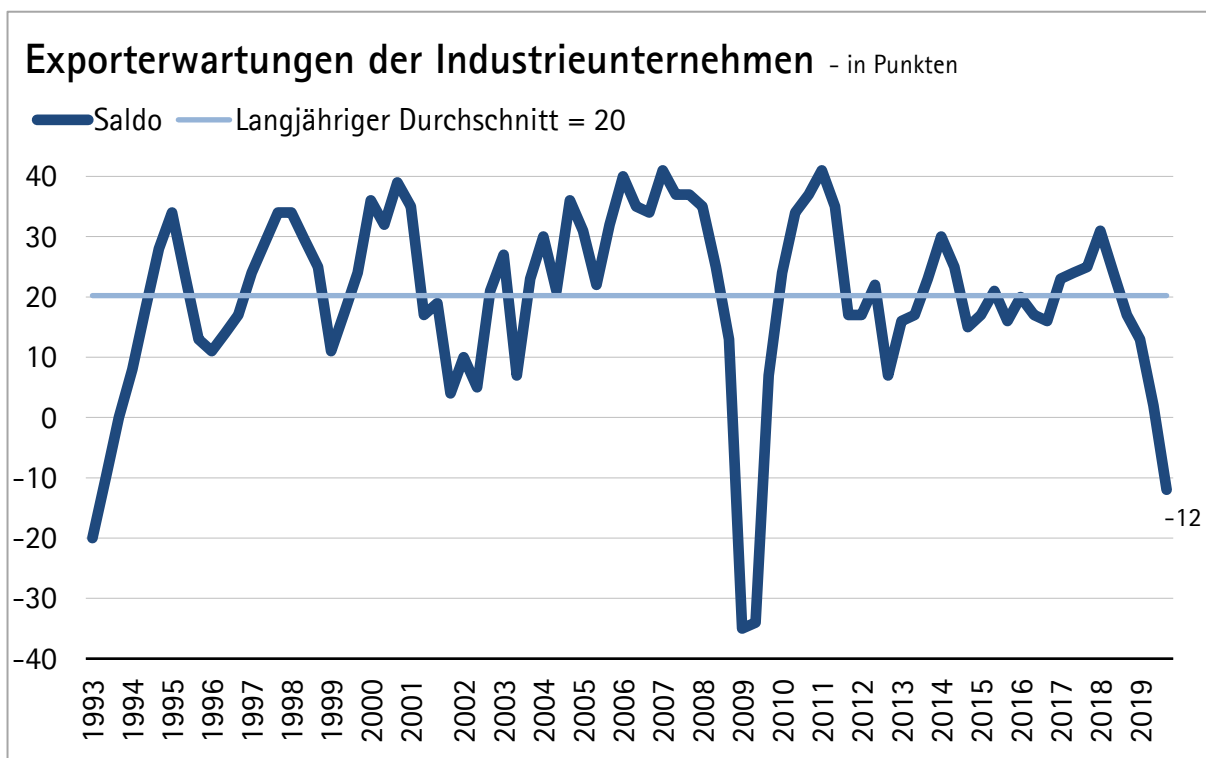
Die Exporterwartungen der Unternehmen brechen deutlich ein. Nur noch knapp jedes fünfte Unternehmen rechnet mit steigenden Ausfuhren. Im vergangenen Jahr waren es noch rund ein Drittel der Betriebe. 31 Prozent erwarten dagegen nun Rückgänge bei ihren Ausfuhren. Damit überwiegt der Anteil der Unternehmen mit geringeren Exporterwartungen zum ersten Mal seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009. Der resultierende Saldo ist mit minus 12 Punkten deutlich unter den Schnitt der letzten Jahre (20 Punkte) gefallen.

Weltweiter Protektionismus bremst Geschäfte aus

Grund für die niedrigen Erwartungen aus Auslandsgeschäft sind die zahlreichen internationalen Handelskonflikte, deren Zölle und Sanktionsmaßnahmen

sich bereits deutlich in den Auftragsbüchern – auch bei Abbestellungen – bemerkbar machen. Da eine Lösung der Konflikte – sei es zwischen den USA und Europa oder den USA und China – kurzfristig nicht in Sicht ist, bleibt zudem eine große Verunsicherung über die zukünftige Gestaltung der Lieferketten bestehen. Dementsprechend wird das Geschäftsrisiko Auslandsnachfrage mit 50 Prozent häufiger genannt als je zuvor seit Beginn der Erhebung in dieser Umfrage. Zudem nennt ein um sieben Prozentpunkte höherer Anteil an Industrieunternehmen als im Frühsommer die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risiko (47 Prozent nach 40 Prozent).

Bereits seit Jahren gibt es im Welthandel eine Zunahme von protektionistischen Maßnahmen, die den Austausch von Gütern und Dienstleistungen beeinträchtigen. Die EU und die USA verhandeln zwar mittlerweile über Erleichterungen im Handel. Ausgleichszölle aufgrund der Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) im Airbus-Fall und



Exportwartungen der Industrieunternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)

	höher	gleichbleibend	geringer	Saldo
Herbst 2017	34	57	9	25
Jahresbeginn 2018	38	55	7	31
Frühsommer 2018	33	58	9	24
Herbst 2018	30	57	13	17
Jahresbeginn 2019	28	57	15	13
Frühsommer 2019	24	54	22	2
Herbst 2019	19	50	31	-12

Strafzölle auf Stahl und Aluminium sowie die Gegenmaßnahmen der EU sind jedoch in Kraft. Zusätzlich drohen höhere US-Zölle auf Automobile. Hersteller von Kraftfahrzeugen und ihre Zulieferer sind deshalb mit einem Saldo von minus 19 Punkten auch besonders skeptisch mit Blick auf ihre zukünftigen Exporte.

Weltkonjunktur stottert

Neben den direkten Auswirkungen für Unternehmen durch Zölle oder Sanktionen sorgen sich die Unternehmen vor allem um Bremseffekte auf das globale Wachstum. Die USA und China machen gemeinsam gut ein Drittel der Weltwirtschaftsleistung und ein Fünftel des Welthandels aus. Die WTO als der Schiedsrichter im weltweiten Handel fällt derzeit als Konfliktlöser aus. Dabei sind bedeutende Absatzmärkte der deutschen Exportwirtschaft außerhalb

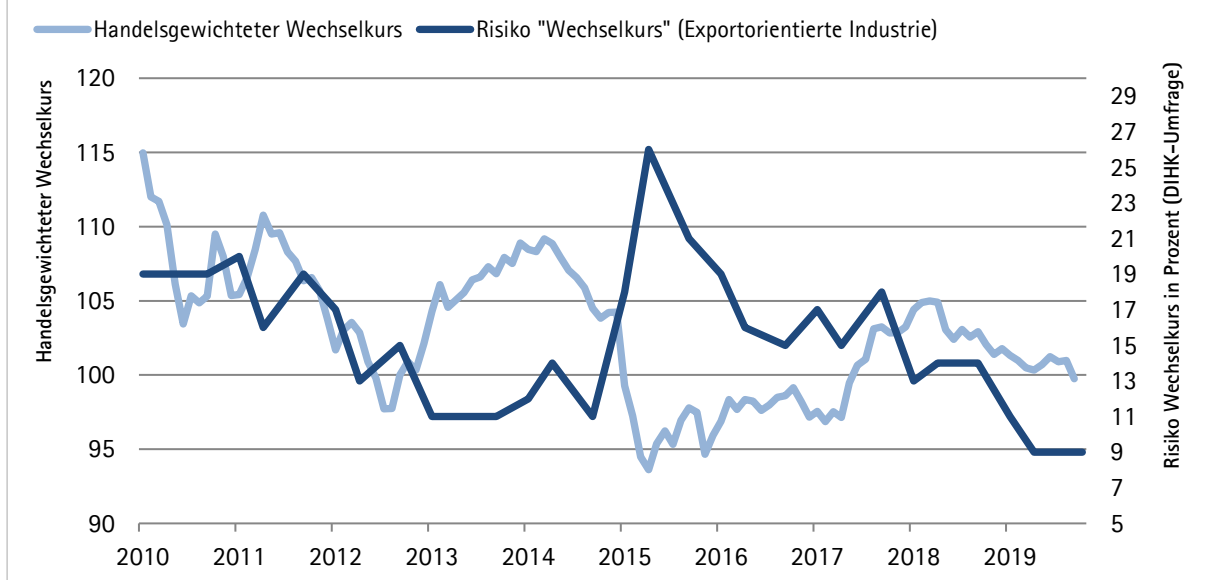
der EU nur durch Regeln der WTO mit Europa verbunden – zum Beispiel USA, China, Russland oder Brasilien.

Konjunkturell hat sich das globale Umfeld bereits verschlechtert. In Europa wachsen viele Staaten der Eurozone langsamer. Auf der Habenseite steht derweil noch immer die dynamische wirtschaftliche Entwicklung in mittel- und osteuropäischen EU-Staaten und in vielen asiatischen Schwellenländern. In China und den USA dagegen mehren sich die Anzeichen für eine langsamere Gangart. Vor allem die Schwäche vieler Industrieländer sorgt für Zurückhaltung bei Investitionen und damit einer geringeren Nachfrage nach deutschen Produkten.

Sorgen um den Wechselkurs bleiben gering

Von den exportierenden Industrieunternehmen sehen lediglich neun Prozent in der Entwicklung der Wechselkurse ein Risiko für ihre Geschäfte. Ein Grund

Handelsgewichteter Wechselkurs und Konjunkturrisiko Wechselkurs



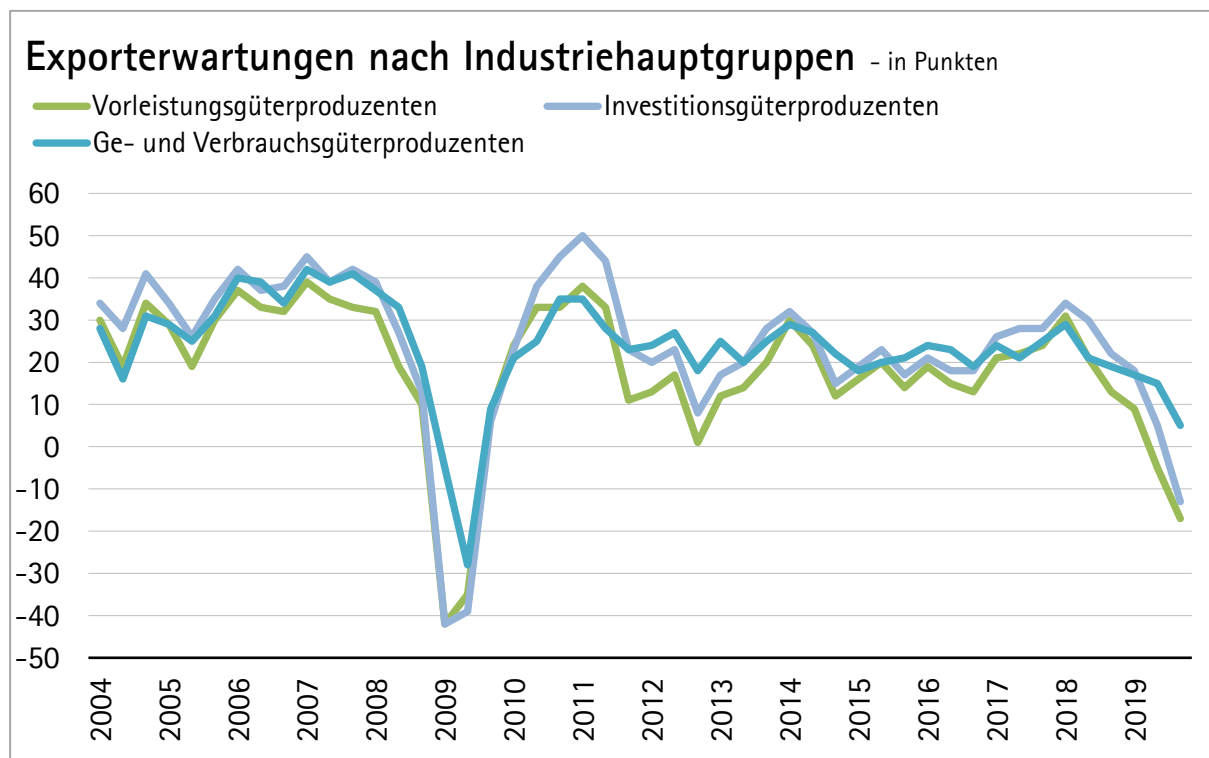
hierfür ist die aktuell stabile Entwicklung des Euro-Außenwerts. Das Risiko eines schwankenden Wechselkurses tritt derzeit vielmehr aufgrund anderer Risiken, wie zum Beispiel Zölle, die mit höheren Kosten verbunden sind, in den Hintergrund.

Unternehmen aller Größenklassen erwarten Exportrückgang

Der deutliche Rückgang der Exporterwartungen trifft Unternehmen aller Größen. Deutlich verschlechtert haben sich die Exportaussichten der Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Der Saldo sinkt von positiven 18 Punkten auf minus sieben Punkte. Diese oftmals in vielen Weltregionen aktiven Unternehmen treffen die internationalen Herausforderungen mittlerweile auf vielen Märkten. Auch weil aufgrund der wirtschaftlichen Abschwächung in nahezu allen Weltregionen ein in der Vergangenheit stattfindender Ausgleich zwischen gut und schlechter laufenden Märkten bei vielen Unternehmen kaum noch möglich ist. Im Mittelstand und bei kleineren Unternehmen ist ebenfalls ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Alle Größenklassen haben erstmals seit Frühsommer 2009 wieder einen negativen Saldo der Exporterwartungen. Damit zieht sich der erwartete Exportrückgang durch die gesamte Breite der Industrie.

Betrachtet man die industriellen Hauptgruppen, so sind es die Investitionsgüterproduzenten mit dem größten Rückgang bei den Exporterwartungen. Der Saldo sinkt von fünf auf minus 13 Punkte. Auch die Vorleister schätzen die Ausfuhren deutlich negativer ein (Saldorückgang von minus fünf auf minus 17 Punkte). Grund hierfür ist die geringere Dynamik bei den weltweiten Investitionen aufgrund der Abkühlung der Weltwirtschaft und der Unsicherheiten im Handel. Lediglich die Produzenten von Ge- und Verbrauchsgütern halten sich bei ihren Einschätzungen noch im positiven Bereich. Der Saldo ist mit fünf Punkten aber ebenfalls ein neuer Tiefpunkt seit 2009.

Nahezu alle Branchen erreichen ein Zehn-Jahres-Tief bei ihren Exporterwartungen. Sowohl Unternehmen im Maschinenbau (Saldo minus 20 Punkte) als auch Betriebe der Elektrotechnik (Saldo minus sechs Punkte) rutschen in den negativen Bereich. Die chemische Industrie bewertet die Entwicklung der globalen Konjunktur ebenfalls pessimistischer, rutscht mit einem Saldo der Exporterwartungen von null Punkten aber im Vergleich zu anderen Sektoren immerhin nicht in den negativen Bereich (Vorumfrage neun Punkte; Vorjahr 19 Punkte).



Blick in die Weltregionen

Die Einschätzungen basieren unter anderem auf den Berichten der 140 deutschen Auslandshandelskammern (AHK), Delegationen und Repräsentanzen in 92 Ländern sowie den Unternehmensantworten in der weltweiten Befragung des AHK World Business Outlook.

Weltwirtschaft ohne Dynamik

Die globalen Handelskonflikte sorgen für Planungsunsicherheit. Sie bremsen weiterhin den weltweiten Handel von Gütern und damit die globale Konjunktur. Der Welthandel fällt damit als Treiber des weltweiten Wachstums aus. Die Nachfrage nach deutschen Produkten sowie Investitionsgütern sinkt und die deutschen Unternehmen im Ausland erwarten schlechtere Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten. Die Abkühlung der weltweiten Wirtschaftsleistung zeigt sich in nahezu allen Regionen der Welt. Sie wird zusätzlich verstärkt durch binnenorientierte Nachfrageprobleme oder Wirtschaftskrisen in einzelnen Ländern. Große Wirtschaftsräume wie die EU oder China setzen derzeit keine Impulse für die Wirtschaftsentwicklung. In den USA laufen die Effekte der Unternehmenssteuerreform aus und die handelspolitischen Herausforderungen zeigen sich auch im verlangsamten BIP-Wachstum der Vereinigten Staaten. Die schwachen Zahlen der Industrieländer bekommen nun auch einige Entwicklungs- und Schwellenländern zu spüren.

Europa mit schwachem Wachstum

Die EU-Länder wachsen 2019 mit 1,5 Prozent im Vergleich der Weltregionen nur unterdurchschnittlich. Von den zunehmenden Handelskonflikten ist die EU auch immer mehr direkt betroffen. Spanien setzt mit Wachstumsraten über zwei Prozent die im europäischen Vergleich überdurchschnittlichen Entwicklung fort, kann aber auch nicht ganz das schwierige internationale Umfeld abschütteln. Die griechische Wirtschaft wächst trotz schwacher Binnennachfrage um rund zwei Prozent. Der langsame Aufstieg kann aber noch nicht die durch die Krise verursachten Herausforderungen wie eine hohe Arbeitslosigkeit ausgleichen. Italien ist mit einem Nullwachstum derzeit das Schlusslicht in der EU. Der Konsum bleibt schwach und Investitionen werden wegen Unsicherheiten aus dem In- und Ausland zurückgehalten. Die staatliche Schuldenlast ist weiterhin hoch und über

den wirtschaftspolitischen Kurs herrscht Ungewissheit. Die Visegrad-Länder wachsen weiterhin überdurchschnittlich im EU-Vergleich. Neben der generellen Konjunkturertrübung bremsen in dieser Region der akute Fachkräftemangel weiteres Wachstum.

Brexit sorgt weiterhin für Unsicherheit

Trotz der vielen weltweiten Handelskonflikte kann Frankreich ein Wachstum von knapp über einem Prozent ausweisen. Die gute Binnennachfrage wird von Konsum und Investitionen gestützt. Ein drohender Brexit und die Abkühlung des Wachstums in der EU verhindern allerdings höhere Wachstumsraten. Im Vereinigten Königreich (UK) setzt sich die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums fort. Aufgrund des weiterhin unklaren Brexits sind Unternehmen aus dem In- und Ausland zurückhaltend bei den Investitionen. Bei weiterhin bestehender Unsicherheit über den zukünftigen Status des UK im weltweiten Handel sind kaum Impulse für mehr Wachstum zu erwarten. Bei einem harten Brexit ohne enge Anbindung an die EU und damit hohen Kosten für britische und auch deutsche Unternehmen droht eine noch wesentlich stärkere Belastung der Konjunktur im Land.

Hohe Inflation in Russland und der Türkei

Die Wirtschaft in der Türkei wird 2019 kaum wachsen. Eine hohe Inflationsrate und geringe Investitionen tragen zu der negativen Entwicklung bei. Impulse für die Wirtschaft kommen weder aus der Binnennachfrage, unter anderem wegen der steigenden Arbeitslosigkeit im Land, noch aus dem Ausland. Die russische Wirtschaft konnte sich zwar mittlerweile mit positiven Wachstumsraten von ein bis zwei Prozent in den vergangenen Jahren stabilisieren, ein deutlich stärkeres Wachstum ist aber nicht zu erwarten. Große Investitionsprogramme zeigen nur langsam Wirkung. Die Wirtschaft hat neben strukturellen Fragen und einer hohen Inflationsrate mit den Folgen der Sanktionen zu kämpfen, die das Wachstum deutlich bremsen.

Abkühlung auch in China

Laut offizieller Wachstumszahlen aus China entwickelt sich das Land leicht schwächer als noch in den vergangenen Jahren. Von einer Abkühlung berichten auch die deutschen Unternehmen vor Ort, wenngleich es derzeit keine Krisenstimmung gibt und das Wachstum im weltweiten Vergleich auf hohem Niveau bleibt. Chinesische und auch viele deutsche Unternehmen sind direkt vom Handelskonflikt mit den USA betroffen. Die chinesische Regierung versucht mit fiskalpolitischen Eingriffen die Wirtschaft zu stützen. In Japan setzt sich das langsame Wirtschaftswachstum fort. Zu den binnenorientierten Herausforderungen wie dem Fachkräftemangel kommen die internationalen Handelskonflikte hinzu, vor allem der US-China-Konflikt. Wie auch Deutschland sind japanische Unternehmen von der weltweit geringeren Nachfrage nach Investitionsgütern betroffen. Impulse für die Wirtschaft erhofft man sich durch das Handelsabkommen mit der EU sowie die olympischen Spiele in Tokio im kommenden Jahr.

Die Wachstumsraten der indischen Wirtschaft geben leicht nach, sind mit Raten aktuell über sechs Prozent aber weiterhin deutlich positiv. Nach der Wiederwahl von Premierminister Narendra Modi im Mai dieses Jahres soll dank Steuererleichterungen der Konsum angekurbelt werden. Herausforderungen im Land wie die hohe Arbeitslosigkeit und der notwendige Ausbau der Infrastruktur bleiben aber bestehen. Die südostasiatischen Länder, wie zum Beispiel die Philippinen, wachsen im Schnitt weiter auf hohem Niveau. Mit Vietnam und Singapur hat die EU Handels- und Investitionsabkommen abgeschlossen, wodurch die Region für Unternehmen weiter an Bedeutung gewinnt.

Licht und Schatten in Afrika und Nahost

Der Iran befindet sich vor allem aufgrund der bestehenden Sanktionen weiterhin in einer Wirtschaftskrise. Der Zahlungsverkehr mit dem Land ist trotz EU-Initiativen eingeschränkt. Ohne Änderung des außenpolitischen Umfelds ist keine Besserung für die Wirtschaft in Sicht. Auch die Ausfuhren in die arabischen Golfstaaten Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate sind so niedrig wie seit Jahren nicht mehr. Mit Reformprogrammen der Superlative versucht Saudi-Arabien seine wirtschaftliche Diversifizierung voranzutreiben und die Abhängigkeit vom

Öl zu reduzieren. Die Wirtschaft in Ägypten kann dagegen die positive Entwicklung mit Wachstumsraten von derzeit mehr als fünf Prozent fortsetzen. Vor allem die Energiebranche im Land blickt auf erfolgreiche Geschäfte. Mit rund sechs Prozent im Jahr 2019 hat Kenia eine ähnlich hohe Wachstumsrate wie viele weitere afrikanische Länder. Der Ausbau der Infrastruktur und Erlöse aus dem Bergbau sorgen für positive Impulse für die kenianische Wirtschaft. Die hohe Schuldenlast des Staates und die hohe Arbeitslosigkeit bleiben als Risiko aber weiterhin bestehen. Mit einer Wachstumsrate von knapp über null Prozent ist das Wachstum in Südafrika dagegen schwach. Mehr Investitionen, auch aus dem Ausland, sind notwendig, um die Wirtschaft langfristig zu stärken. Eine große Herausforderung der neuen Regierung ist weiterhin die Bekämpfung der Korruption.

Handelskonflikte treffen auch immer mehr die US-Wirtschaft

Das Wachstum in den USA lässt langsam nach, das Land wird in diesem und nächsten Jahr voraussichtlich Wachstumsraten von knapp über zwei Prozent erreichen. Die positiven Effekte der Unternehmenssteuerreform laufen aus, da strukturelle Reformen und die Handelskonflikte bremsen. Dies sorgt für Rückgänge bei Konsum und Investitionen. Sollten die Einschränkungen im Außenhandel langfristig bestehen bleiben oder sogar weiter zunehmen, drohen weitere Rückschläge in der Wirtschaftsentwicklung. Zudem ist das NFATA-Nachfolgeabkommen USMCA weiterhin nicht ratifiziert. Das sorgt auch für Unsicherheit bei den stark mit dem US-Markt verbundenen Unternehmen in Mexiko. Das mexikanische Wirtschaftswachstum wird in diesem Jahr mit knapp über null Prozent nur gering ausfallen.

Gedämpfte Stimmung in Südamerika

Die Hoffnungen auf eine konjunkturelle Erholung in Brasilien haben sich bisher nicht erfüllt. Die Wirtschaft wächst lediglich um rund ein Prozent. Vor allem die Industrie schwächelt. Zudem ist unklar, ob die Regierung mit ihren wirtschaftspolitischen Maßnahmen nachhaltig erfolgreich ist. Argentinien steckt weiterhin in der Rezession und hat mit einer hohen Inflation zu kämpfen. Dem wirtschaftsliberalen Kurs des bisherigen Präsidenten Macri wurde mit

der Wahl im Oktober eine Absage erteilt. Die wirtschaftliche Entwicklung Uruguays war in den vergangenen Jahren zwar recht robust, die hohe Abhängigkeit von Argentinien und anderen Ländern in Südamerika macht aber derzeit der dortigen Wirtschaft zu schaffen. Auch Chile ist stark von der Entwicklung der Nachbarländer abhängig. Das Wachstum geht zurück, beträgt aber in diesem Jahr immerhin noch rund drei Prozent. Trotz der jüngsten Unruhen in Kolumbien steigen die Wachstumsraten erneut, viele Branchen entwickeln sich trotz des schwierigen internationalen Umfelds recht erfreulich. Vor allem im Investitionsbereich sind die Aussichten positiv. Politische Unsicherheiten in vielen Ländern Lateinamerikas können die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Kontinent kurzfristig beeinflussen.

Investitionsabsichten der Unternehmen

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?



Investitionspläne stark rückläufig

Die Investitionsabsichten der Unternehmen sinken zum fünften Mal in Folge. Dabei beschleunigt sich der Rückgang im Herbst noch. Während Ersatzbedarf, Rationalisierung und Umweltschutz stärker in den Fokus der investiven Maßnahmen rücken, verliert die Kapazitätsausweitung an Bedeutung. Die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlagen auf die Investitionsneigung der Unternehmen. Zurückhaltung zeigt sich in allen Wirtschaftszweigen, vor allem in der Industrie und aber auch im Baugewerbe. Über alle Größenklassen hinweg reduzieren sich die Investitionspläne – am stärksten bei den mittelgroßen und großen Industrieunternehmen.

Dynamik lässt spürbar nach ...

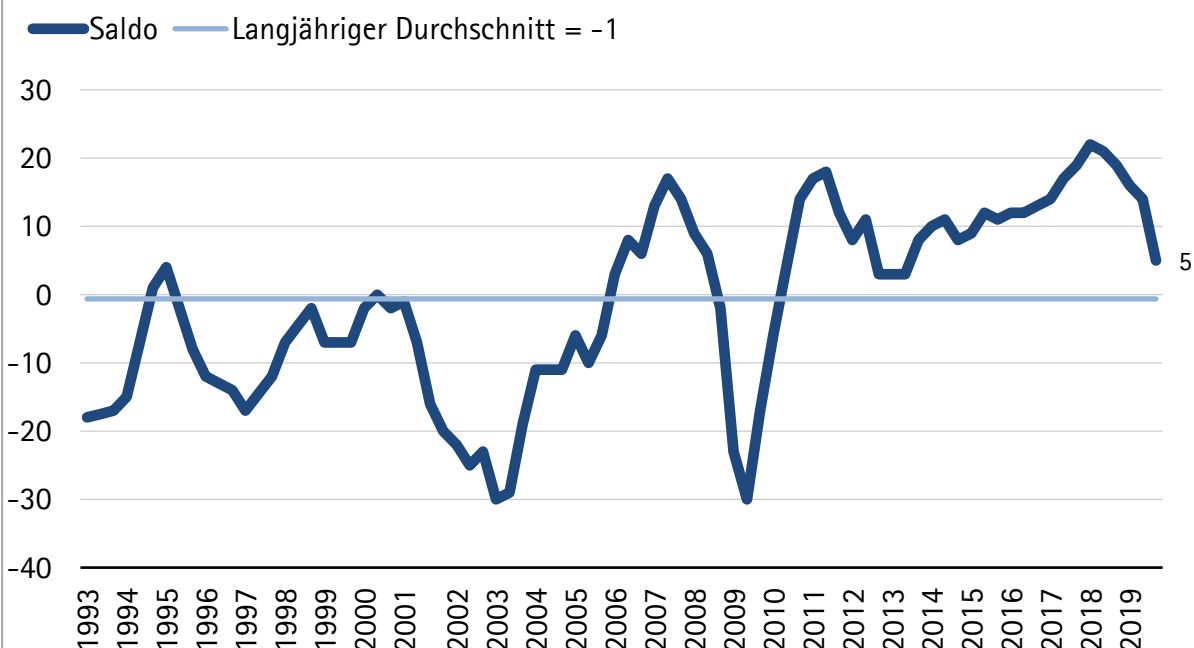
Die Unternehmen reduzieren ihre Investitionspläne für die kommenden 12 Monate erneut und nunmehr deutlich. Dabei sinkt der Anteil derjenigen Unternehmen, die ihre Investitionsbudgets ausweiten wollen, um fünf Prozentpunkte auf 26 Prozent, während die Anzahl der Unternehmen, die weniger als bisher investieren wollen, um vier Prozentpunkte auf 21 Prozent steigt. Der daraus resultierende Investitionssaldo von fünf Punkten (Vorumfrage: 14 Punkte) nähert sich nun stärker dem langjährigen Durchschnitt von minus einem Punkt. Das schwierige internationale Umfeld, wie z. B. Handelskonflikte etwa zwischen China und den USA hinterlassen bei den Investitionsplänen der deutschen Unternehmen, die Niederlassungen in beiden Ländern haben, aber auch als Lieferanten von Vor- und Zwischenprodukten ihre

Spuren. Hinzu kommen Unsicherheiten bezüglich der heimischen Wirtschaftsentwicklung, die ebenfalls Investitionen bremsen.

... besonders in der Industrie

Die Industrieunternehmen müssen kräftige Abstriche bei ihren Investitionsplänen vornehmen: Der Investitionssaldo sackt auf minus vier Punkte (Vorumfrage zehn Punkte) – schlechter sind deren Pläne zuletzt zu Jahresbeginn 2010 ausgefallen (minus acht Punkte). Im Vergleich aller Wirtschaftszweige verzeichnet die Industrie den stärksten Saldorückgang und weist den niedrigsten Saldo auf. Besonders drastisch fällt der Rückgang bei den Investitionsgüterherstellern aus (Saldorückgang um 18 auf minus zehn Punkte). Als weltweite Ausrüster machen sich Nachfrageschwankungen bei ihnen rasch bemerkbar.

Investitionsabsichten der Unternehmen – in Punkten



Investitionsabsichten der Unternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)

	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo
Herbst 2017	32	55	13	19
Jahresbeginn 2018	34	54	12	22
Frühsommer 2018	34	53	13	21
Herbst 2018	32	55	13	19
Jahresbeginn 2019	31	54	15	16
Frühsommer 2019	31	52	17	14
Herbst 2019	26	53	21	5

Hauptmotive der Investitionen im Inland

(in Prozent; Mehrfachnennungen möglich)

	Rationalisierung	Produkt-innovation	Kapazitäts-ausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Herbst 2017	32	33	32	15	64
Jahresbeginn 2018	31	33	33	14	65
Frühsommer 2018	31	32	32	14	64
Herbst 2018	32	32	32	15	64
Jahresbeginn 2019	32	32	31	16	65
Frühsommer 2019	31	33	30	16	64
Herbst 2019	32	32	26	19	65

Auch die Vorleistungsgüterproduzenten schrauben ihre Investitionspläne merklich zurück – der Saldo sinkt um 15 auf minus acht Punkte. Sie spüren die langsamere Gangart anderer Branchen als erstes. Auch die Konsumgüterbranche nimmt Abstriche bei ihren Investitionsplänen vor (sechs Punkte, Vorumfrage: 14 Punkte).

Deutlich setzen auch die Bauunternehmen an ihren Investitionsbudgets an: Mit fünf Punkten (nach zuletzt 17 Punkten) rutscht deren Investitionssaldo auf das Niveau vom Herbst 2016 – die überdurchschnittlichen Investitionspläne der letzten Jahre laufen damit aus. Auch die Händler und Dienstleister schrauben ihre Investitionspläne nach unten, allerdings in geringerem, jedoch merklichem Umfang (Saldorückgang um jeweils sechs Punkte auf vier bzw. zehn Punkte), wie z. B. die Leasingwirtschaft, die ihre Investitionspläne von 28 auf null Punkte reduziert.

Auftragsrückgänge, Unsicherheiten und Risiken bremsen Investitionsbereitschaft

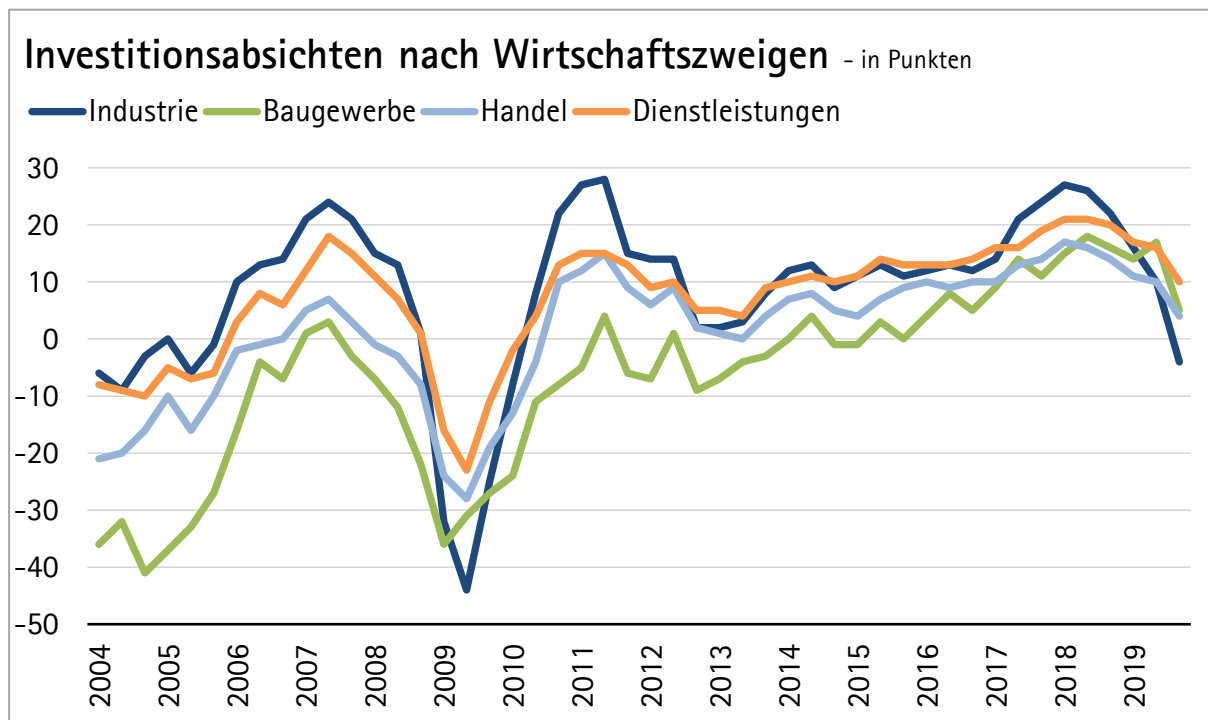
Die Entwicklung der Inlandsnachfrage als geschäftliches Risiko wird von zunehmend mehr Unternehmen als Risiko wahrgenommen. Von den Betrieben, die

weniger als bisher investieren wollen, sorgen sich mittlerweile 61 Prozent um die Binnennachfrage (Frühsommer 2019: 56 Prozent), in der Industrie sogar 71 Prozent (Frühsommer 2019: 63 Prozent). Mit Sorgen betrachten die Unternehmen zudem auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland: Mittlerweile sieht von den Unternehmen, die hierzulande weniger investieren wollen, jedes zweite in den wirtschaftspolitischen Maßnahmen ein Risiko – zuletzt waren es 44 Prozent. Vor allem die Energiewende führt bei den Unternehmen zu Verunsicherung. Sie bewerten diese so negativ wie seit 2015 nicht mehr.² Hinzu kommt der Einstieg der Bundesregierung in die CO₂-Bepreisung, was zu weiteren Sorgen mit Blick auf die Entwicklung der Energiekosten bei den Unternehmen führt und zu Investitionsunsicherheit.

Umweltschutz auf Rekordniveau

Die Unternehmen wollen erwartungsgemäß vor allem in den Ersatzbedarf (65 Prozent, Vorumfrage: 64 Prozent) investieren. Mehr Gewicht erhalten allerdings auch die Motive Rationalisierung (32 Prozent, Vorumfrage: 31 Prozent) und der Umweltschutz (19

² Vgl. [Energiewende-Barometer 2019 der IHK-Organisation](#) „Strompreise drücken auf die Stimmung“, Sept. 2019



Prozent, Vorumfrage 16 Prozent), der sogar ein Rekordniveau erreicht. Besonders viele Unternehmen im Verkehr planen Investitionen aus Umweltschutzgründen. (Landverkehr: Anstieg der Nennungen um drei Prozentpunkte auf 25 Prozent; Verkehrsdienstleister: Anstieg der Nennungen um fünf Prozentpunkte auf 25 Prozent, Luftverkehr: Anstieg der Nennungen um 23 Prozentpunkte auf 43 Prozent). Die Investitionen der Unternehmen in Produktinnovationen sind nur leicht rückläufig (32 Prozent, Vorumfrage 33 Prozent), in der Industrie steigen sie sogar etwas an (auf 37 von 36 Prozent). Mit neuen Produkten, Dienstleistungen und Geschäftsmodellen „Made in Germany“ wollen sich die Unternehmen im zunehmenden Wettbewerb behaupten und Lösungen zu den drängenden strukturellen Fragen etwa der Digitalisierung, des demografischen Wandels aber auch des ressourceneffizienten Wirtschaftens finden.

Kapazitätserweiterungen verlieren an Boden

Immer weniger Unternehmen setzen auf die Erweiterung ihrer Kapazitäten (26 Prozent, Vorumfrage: 30 Prozent). Die Sorge, wie sich die Konjunktur hierzulande und anderswo entwickelt, der weiterhin bestehende Fachkräftemangel und die wachsenden Unsicherheiten mit Blick auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen lassen die Unternehmen vor-

sichtiger agieren. Im Vergleich der Wirtschaftszweige sinkt der Anteil der Kapazitätserweiterungen in der Industrie am stärksten (auf 27 nach 35 Prozent). Hier macht sich die seit einem Jahr kontinuierlich sinkende Kapazitätsauslastung bemerkbar – sie liegt im 3. Quartal 2019 bei noch 84 Prozent.³

Mittelgroße und große Unternehmen treten kräftig auf die Bremse

In allen Größenklassen reduzieren sich die Investitionsabsichten. Merklich müssen vor allem die mittelgroßen und großen Unternehmen bei ihren Investitionsbudgets streichen. Ihre Investitionssalden reduzieren sich auf drei von zuvor 17 Punkten (für Unternehmen mit 200-999 Beschäftigte) und auf einen von zuvor 16 Punkten (für Unternehmen ab 1.000 Beschäftigte) – und liegen damit deutlich unter dem Schnitt der letzten Jahre (elf bzw. 13 Punkte). Gerade mit Blick auf die Größenordnungen der Investitionen stimmt dies bedenklich. Die Betriebe sorgen sich besonders um die Entwicklung der inländischen Nachfrage (51 bzw. 56 Prozent, Gesamtwirtschaft: 46 Prozent) und um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (55 bzw. 62 Prozent, im Vergleich die Gesamtwirtschaft: 45 Prozent), die ihr Handeln im globalen Umfeld flankieren.

³ Quelle: DG ECFIN, Eurostat

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?



Beschäftigungsabsichten schwächeln

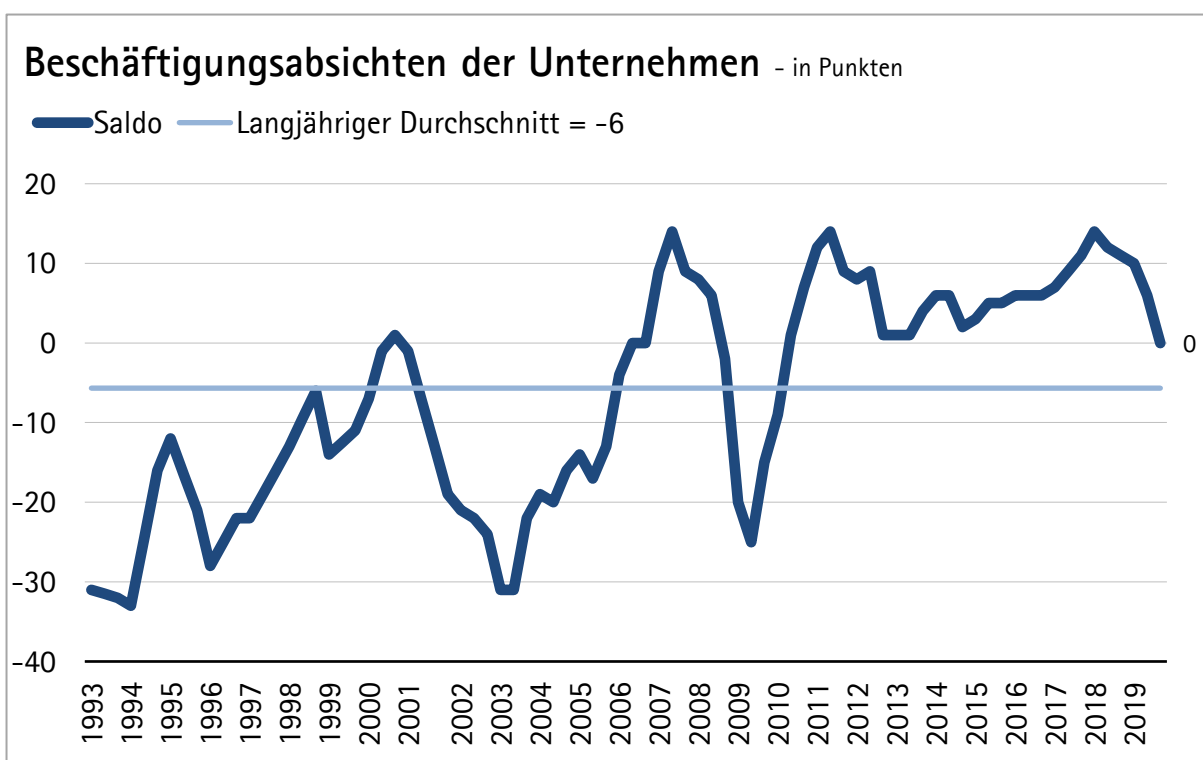
Die verschlechterten Konjunkturaussichten hinterlassen bei den Beschäftigungsabsichten deutliche Spuren – größtes Geschäftsrisiko ist und bleibt jedoch der Fachkräftemangel. Industrieunternehmen sind stark betroffen. Die Beschäftigungssituation im Handel, dem Baugewerbe und dem Dienstleistungssektor bleibt gegenwärtig weitgehend stabil. Während kleine und mittelständische Unternehmen unter 200 Mitarbeitern ihre Stammebelegschaft halten oder sogar neues Personal einstellen wollen, sind größere Unternehmen aufgrund der schlechten Geschäftslage eher zurückhaltend.

Während immerhin 17 Prozent der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten planen, Beschäftigung aufzubauen, müssen jedoch 17 Prozent mit einem Abbau planen. Zwei von drei Unternehmen haben hingegen nicht vor, in den nächsten zwölf Monaten etwas an der aktuellen Beschäftigtenzahl zu verändern. Der Saldo verringert sich damit zum fünften Mal in Folge und sinkt um sechs Punkte (null nach sechs Punkten im Frühsommer 2019). Die Einstellungsabsichten sind zuletzt zum Jahresbeginn 2010 so zurückhaltend ausgefallen (minus neun Punkte). Die Pläne liegen insgesamt jedoch weiter über dem langjährigen Durchschnitt (minus sechs Punkte).

Fachkräftemangel weiterhin Geschäftsrisiko No. 1

Der Fachkräftemangel ist aus Sicht der Unternehmen nach wie vor das größte Geschäftsrisiko (56 Prozent). Bei Unternehmen mit expansiven Beschäftigungsplänen liegt der Wert sogar bei 74 Prozent. Gerade die nach Baubranche sieht sich stark von den Engpässen im Personalbereich (88 Prozent) sowie steigenden Arbeitskosten (46 Prozent) betroffen.

Auch für Betriebe, die ihren Personalbestand aktuell unverändert lassen wollen, ist die Knappheit an qualifizierten Fachkräften nach wie vor das größte Geschäftsrisiko (54 Prozent). Viele Unternehmen verfolgen die Strategie, ihre Stammebelegschaft unabhängig von der aktuellen Konjunkturlage zu sichern –



Beschäftigungsabsichten der Unternehmen (in Prozent, Saldo in Punkten)

	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo
Herbst 2017	22	67	11	11
Jahresbeginn 2018	25	64	11	14
Frühsommer 2018	23	66	11	12
Herbst 2018	22	67	11	11
Jahresbeginn 2019	22	66	12	10
Frühsommer 2019	19	68	13	6
Herbst 2019	17	66	17	0

nicht zuletzt infolge von Erfahrungen mit Stellenbesetzungsschwierigkeiten in den letzten Jahren.

Deutliche Zurückhaltung in der Industrie

Mit Blick auf die Wirtschaftszweige sind es erneut die Industrieunternehmen, die ihre Beschäftigungsabsichten am stärksten zurückschrauben müssen. Im Vergleich zum Frühsommer geht der Saldo um ganze zwölf Punkte auf nunmehr minus zehn Punkte zurück.

Gerade in energie- und arbeitsintensiven Branchen wie dem Werkzeugmaschinenbau (minus 31 nach minus neun), der Metallerzeugung und -bearbeitung (minus 37 nach minus 17) sowie dem Maschinenbau (minus 14 nach sechs) sehen sich gezwungen, ihre Pläne merklich zu reduzieren. Die weltwirtschaftlichen Unsicherheiten, Handelsrisiken und mögliche Brexit-Folgen machen sich gerade in der international ausgerichteten Industrie deutlich bemerkbar und schlagen sich stärker auf die dortigen Beschäftigungspläne nieder.

Fahrzeugbau besonders betroffen

Im Fahrzeugbau müssen die Unternehmen bei ihren Beschäftigungsplänen mit am stärksten auf die Bremse treten. Das zeigt sich gerade bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (aktueller Saldo: -33 Punkte; von -18 Punkten in der Vorumfrage). Die Umwälzungen in der Branche hinterlassen schon jetzt Spuren bei den Beschäftigungsplänen. Die Beschäftigungsabsichten im Kraftfahrzeugbau fallen auf ein Niveau, das – abgesehen von der Finanzkrise – zuletzt im Jahr 2006 erreicht wurde.

Die Hersteller von sonstigen Fahrzeugen, wie Schiffen, Zügen und Flugzeugen, nehmen ihre Einstellungspläne ebenfalls deutlich zurück, halten ihren Personalbestand aber noch stabil (aktueller Saldo elf Punkte nach 31 Punkte in der Vorumfrage).

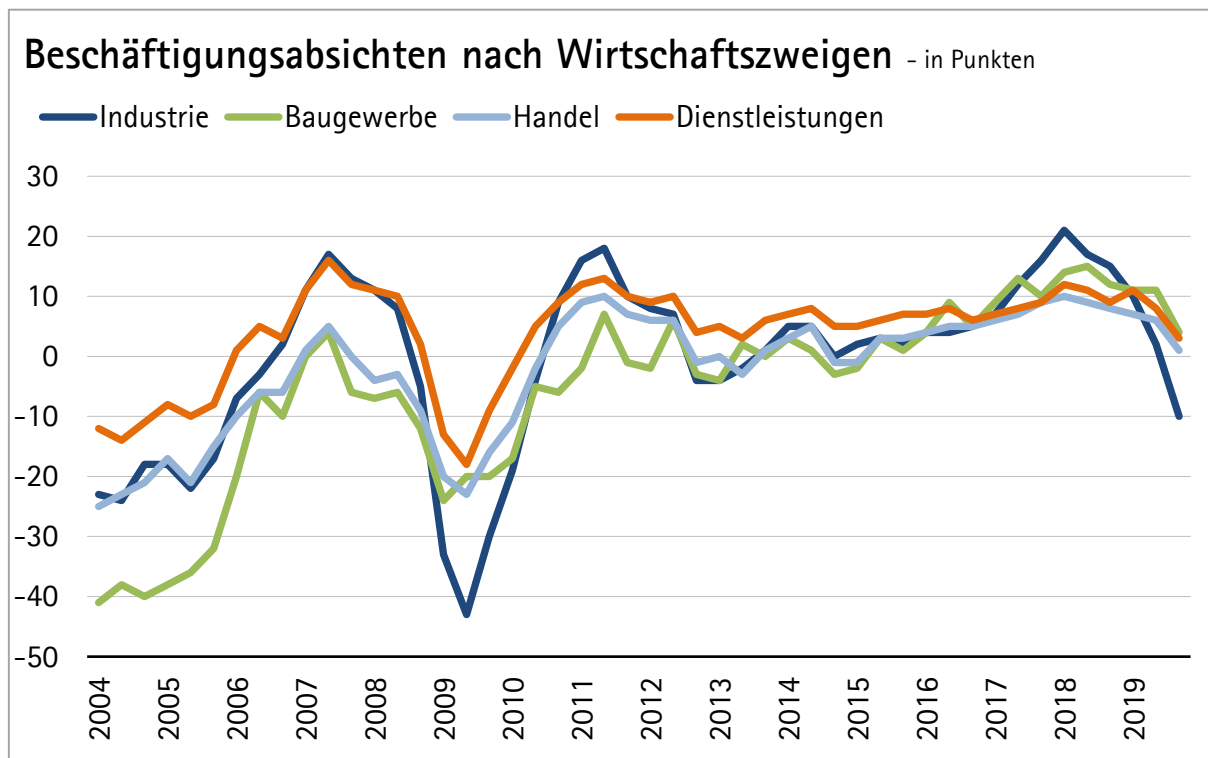
Beschäftigung bei den Händlern und Dienstleistern im Vergleich stabil

Bei den Dienstleistern (drei nach acht Punkten) und dem Handel (Saldorückgang um fünf auf einen Punkt) ist der Rückgang der Beschäftigungsabsichten nicht so deutlich wie in der Industrie. Unter dem Strich dürfte sich der Personalaufbau – wenn auch verlangsamt – bei den Händlern und Dienstleistern noch fortsetzen. Gebremst werden die Pläne durch den anhaltenden Fachkräftemangel. Jedes zweite Handelsunternehmen und 59 Prozent der Dienstleister sehen hier ein Risiko.

Gerade der Bereich Gesundheit und Soziale Dienste ist weniger konjunktursensibel. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und steigender Nachfrage nach diesen Dienstleistungen ist die Personalnachfrage in diesen Branchen weiterhin hoch. Fachkräftengpässe sind dort nach wie vor besonders ausgeprägt. Aber auch z. B. Programmierer (Beschäftigungssaldo 34 nach 48 Punkten) und IT-Dienstleister (35 nach 40 Punkten) sind mit Blick auf die vorschreitende Digitalisierung trotz schwieriger Konjunkturentwicklung immer noch gefragt.

Fachkräftemangel zementiert sich im Bau

Auch die in den vergangenen Jahren expansive Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft verliert aktuell an Schwung (vier nach elf Punkten). In dieser



Branche ist jedoch nach wie vor Personalaufbau geplant und im Vergleich der Wirtschaftszweige macht der Fachkräftemangel den Bauunternehmen am meisten zu schaffen: Betriebe, die zusätzliche Stellen schaffen möchten, sehen darin sehr viel häufiger ein Geschäftsrisiko (88 Prozent).

Beschäftigungsabbau bei Privatbanken nimmt deutlich ab

Die Beschäftigungsplanungen im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistung verschlechtern sich nur geringfügig. Im Kreditgewerbe bleibt der Saldo im Vergleich zur Vorumfrage insgesamt gleich negativ (minus 44 Punkte). Ein Blick in die drei Säulen offenbart jedoch systematische Unterschiede zwischen den Privatbanken (minus 6 nach minus 23) auf der einen Seite und den Instituten des Sparkassen- (minus 69 nach minus 66) und Genossenschaftssektors (minus 38 nach minus 31) auf der anderen Seite. Die Beschäftigungsabsichten der Banken sind somit zwar weiterhin negativ, jedoch scheint die Konsolidierung der letzten Jahre bei den privaten Banken so weit fortgeschritten zu sein, dass der mehrjährige Personalabbau etwas an Fahrt verliert.

Größere Unternehmen sind zurückhaltender

Die Unternehmen sehen sich über alle Größenklassen hinweg gezwungen, Abstriche bei ihren Einstellungsplänen zu machen. Während Unternehmen zwischen 200 und 499 (minus zehn nach einem Punkt) bzw. bis 1.000 Beschäftigten (minus 13 nach minus fünf Punkten) ihre Personalpläne deutlich reduzieren, fällt die Abnahme bei Kleinstunternehmen unter zehn Mitarbeitern (eins nach vier Punkten) aber auch bei mittelständischen Betrieben mit weniger als 200 Beschäftigten (zwei nach acht Punkten) geringer aus. Hier bleiben die Salden im positiven Bereich und damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (minus sechs Punkte). Zum einen zeigt sich hier, dass gerade größere Industrieunternehmen besonders von der konjunkturellen Eintrübung über die Außenwirtschaft betroffen sind. Zum anderen mögen Probleme bei der Stellenbesetzung in der Vergangenheit bei KMU eine Rolle spielen. Diese stellen zwar aufgrund ihrer Größe weniger oft Personal ein. Gleichzeitig gestaltet sich die Mitarbeitersuche teilweise schwierig. Der Anteil, der den Personalstamm konstant halten möchte, ist bei kleinen Unternehmen besonders hoch.

Konjunktur in den Wirtschaftszweigen

Industrie

Die Industrieunternehmen bewerten ihre Lage im Vergleich der Wirtschaftszweige nunmehr am schlechtesten. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei den Erwartungen – auch hier zeigt sich die Industrie äußerst skeptisch. Die Entwicklung der heimischen und ausländischen Nachfrage sowie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen machen immer mehr Industrieunternehmen zu schaffen. Zudem verschlechtern sich ihre Exporterwartungen angesichts der Unsicherheiten mit Blick auf den Brexit und des wachsenden Protektionismus weiter. Insgesamt will die Industrie in den kommenden zwölf Monaten weniger investieren und Personal einstellen.

Stimmungstief in der Industrie

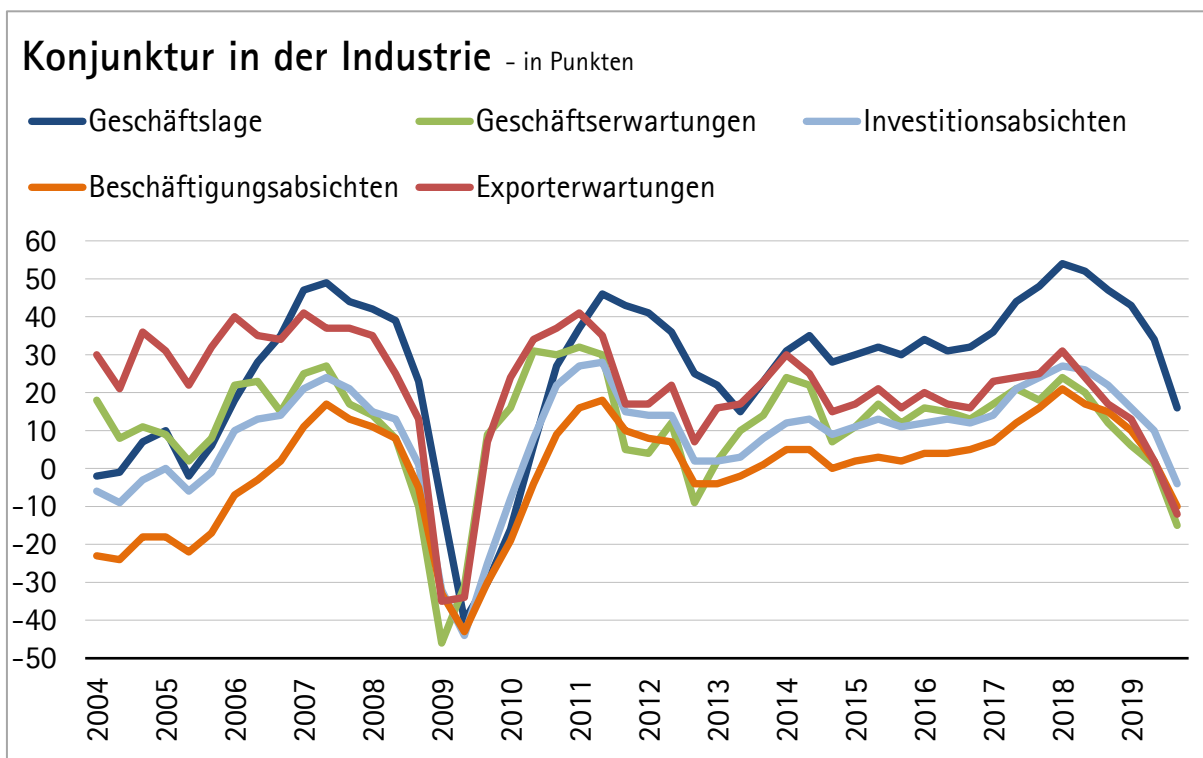
Die Lageeinschätzung in der Industrie verschlechtert sich weiter – und zwar erheblich. Der Saldo rutscht auf 16 Punkte (Frühsommer 34 Punkte) und liegt damit deutlich unter dem Schnitt seit 2003 von 25 Punkten. Besonders unzufrieden zeigen sich die Vorleistungsgüterhersteller in ihrer Lageeinschätzung. Bei ihnen macht sich eine Konjunkturflaute mit als

erstes bemerkbar. Ihr Lagesaldo sinkt um 22 auf zehn Punkte. Besonders pessimistisch schätzen die Metallherzeuger und -bearbeiter ihre Lage ein (minus 14 Punkte, Frühsommer: 21 Punkte). Sie spüren als Zulieferer bereits die langsamere Gangart im Maschinen- und Fahrzeugbau (16 bzw. sechs Punkte).

Auch bei den Erwartungen zeigen sich die Industrieunternehmen im Vergleich der Wirtschaftszweige am wenigsten optimistisch (minus 15 Punkte, Frühsommer 2019: einen Punkt). Von der Krisenstimmung 2009 sind sie freilich noch entfernt (Jahresbeginn 2009: minus 46 Punkte), ihre deutlich eingetrübte Stimmung gibt allerdings Anlass zur Sorge.

Nachfragesorgen dämpfen Erwartungen ...

Die Entwicklung der Binnennachfrage wird für immer mehr Industrieunternehmen zum größten Geschäftsrisiko ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. 57 Prozent der Unternehmen (Vorumfrage: 49 Prozent) machen sich um den Absatz ihrer Produkte hierzulande verstärkt Gedanken. Mit zunehmender Sorge betrachtet die exportorientierte Industrie zudem, wie sich die Nachfrage aus dem Ausland – und damit



Geschäftsrisiken der Industrie (in Prozent *Export-Industrie)

	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2017	39	33	8	39	54	18	47	35
Jahresbeginn 2018	34	27	8	44	60	13	50	34
Frühsommer 2018	34	30	8	44	60	14	47	36
Herbst 2018	37	33	8	42	61	14	50	39
Jahresbeginn 2019	44	37	8	44	58	11	51	42
Frühsommer 2019	49	43	8	43	55	9	46	40
Herbst 2019	57	50	7	39	48	9	44	47

ihre Absatzmärkte – entwickelt (50 Prozent, Frühsommer: 43 Prozent). Globale Handelsverwerfungen und geopolitische Störfeuer erhöhen dabei die Unsicherheiten und trüben damit auch die globale Investitionskonjunktur ein. Deshalb schrauben sie ihre Exporterwartungen deutlich zurück (Exportsaldo: minus zwölf Punkte, Frühsommer: zwei Punkte). Besonders die auslandsaktiven Investitionsgüterproduzenten reduzieren merklich ihre Exporterwartungen (um 18 auf minus 13 Punkte), allen voran der Maschinen- und Kraftfahrzeugbau (minus 20 bzw. minus 19 Punkte nach zwei bzw. null Punkte).

... und Wirtschaftspolitik bremst nach Einschätzung der Unternehmen

Mittlerweile sehen 47 Prozent (Vorumfrage: 40 Prozent) der Industriebetriebe in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung – so viele wie seit Beginn der Befragung 2010 nicht. Zu den internationalen Unabwägbarkeiten kommen Hemmnisse am heimischen Standort, wie z. B. eine im internationalen Vergleich überdurchschnittliche steuerliche Belastung der Unternehmen, die höchsten Energiepreise in Europa oder die mangelnde Verfügbarkeit von Breitband und Mobilfunk.

Angeichts der schwächelnden Konjunktur werden von etwas weniger Industrieunternehmen die Energie- und Rohstoffpreise als geschäftliches Risiko wahrgenommen (44 Prozent, Frühsommer: 46 Prozent). Allerdings verfestigt es sich in der energieintensiven Industrie als das TOP-Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung, vor allem in den Branchen „Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau“ (85

Prozent, Frühsommer: 80 Prozent), der Chemischen Industrie (61 Prozent, Frühsommer: 59 Prozent) sowie in der „Glas, Keramik und Steinverarbeitung“ (66 Prozent, Frühsommer: 64 Prozent).

Spürbare Abstriche bei Investitionen und Beschäftigung

Die verschlechterten Lage- und Geschäftserwartungen schlagen sich auch in den Plänen für Investitionen und Beschäftigung in den Industrieunternehmen nieder. Zum fünften Mal in Folge müssen die Betriebe sowohl ihre Investitions- als auch Beschäftigungspläne nach unten anpassen. Von den Industrieunternehmen, die in den kommenden Monaten weniger investieren wollen, planen mittlerweile 46 Prozent, auch weniger Personal einzustellen – im Frühsommer 2019 waren es noch 35 Prozent. Die Situation in der Industrie wird damit zunehmend herausfordernder.

Bei den Investitionsplänen verschlechtert sich der Saldo auf minus vier (Gesamtwirtschaft: fünf Punkte) – schlechter sind die Investitionspläne zuletzt in der Krise 2009 ausgefallen. Bei den Investitionsmotiven dominieren weiterhin der Ersatzbedarf und die Rationalisierung; diese legen sogar noch etwas zu (65 Prozent bzw. 46 Prozent). Kapazitätserweiterungen hingegen verlieren immer stärker an Bedeutung (27 Prozent, Vorumfrage: 35 Prozent). Zugleich planen etwas mehr Industrieunternehmen in den Umweltschutz zu investieren (23 Prozent, Vorumfrage: 22 Prozent) – überdurchschnittlich viele in der Chemie- und Pharmabranche (33 Prozent, Vorumfrage: 30 Prozent) im Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung (30 Prozent, Vorumfrage: 27 Prozent)

und im Werkzeugmaschinenbau (25 Prozent, Vorumfrage: 19 Prozent).

Die Investition in neue Produkte bleibt für die Industrieunternehmen ein kontinuierlich wichtiges Thema zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und legt sogar etwas zu (37 Prozent, Frühsommer 2019: 36 Prozent). Vor allem bei den Investitionsgüterherstellern gewinnen Produktinnovationen an Relevanz (Anstieg auf 44 Prozent von 41 Prozent). Für Hersteller von Datenverarbeitungsgeräte und für Elektrotechniker sind neue Produkte mittlerweile der Hauptgrund für ihre Investitionen (59 bzw. 56 Prozent). Auch im Maschinenbau wollen überdurchschnittlich viele Unternehmen mehr Investitionen in Innovationen tätigen (42 nach 39 Prozent). Im Fahrzeugbau hingegen verliert das Innovationsmotiv etwas an Bedeutung (44 Prozent nach 50 Prozent). Ein Alarmsignal: Angesichts der Diskussionen um alternative Antriebe, neue Mobilitätsformen und autonomes Fahren steht der Fahrzeugbau unter Druck, Antworten auf diese Herausforderungen zu finden.

Bei ihren Beschäftigungsplänen macht die Industrie im Vergleich der Wirtschaftszweige deutlichsten Abstriche (Saldoverschlechterung um zwölf auf minus zehn Punkte, Gesamtwirtschaft: Null Punkte). Vor allem die Vorleister und Investitionsgüterhersteller müssen ihre Personalpläne anpassen (Saldo: minus 16 Punkte, minus neun Punkte), allen voran die Metallherzeuger und -bearbeiter (Saldo: minus 37 Punkte) sowie der Werkzeugmaschinenbau (Saldo: minus 31 Punkte). Auch die Konsumgüterproduzenten treten etwas auf die Bremse (Saldo: minus sechs Punkte) wie z. B. das Textil-, Bekleidungs- und Ledergerwerbe (Saldo: minus 19 Punkte). Die Pharmaindustrie hingegen setzt als einzige Industriebranche auch weiterhin auf Personalaufbau (Saldoverbesserung um zwei auf 14 Punkte). Die Pharmaunternehmen schätzen zudem ihre Lage und Erwartungen – auch mit Blick auf Investitionen und Export – deutlich besser ein als die gesamte Industrie. Der Bedarf an Medikamenten wächst weltweit, so dass sich hier vielfältige Geschäftsmöglichkeiten für die Pharmaindustrie ergeben.

Baugewerbe

Bau-Hochkonjunktur flacht ab

Die Bauunternehmen beurteilen ihre Geschäftslage aktuell leicht besser als noch im Frühsommer (plus einen Punkt auf 63 Punkte) – das Niveau vom letzten Herbst können sie allerdings nicht halten (Veränderung minus sieben Punkte). Im Vergleich der Wirtschaftssektoren beurteilen die Bauunternehmen ihre Geschäftslage weiterhin am besten. Die Unternehmen verzeichnen nach wie vor hohe Auftragseingänge. Abnehmende Anträge für Baugenehmigungen unterstreichen jedoch, dass sich die Geschäftsaussichten perspektivisch eintrüben. Die Erwartungen zeigen entsprechend nicht nur die für den Herbst im Baugewerbe übliche Konjunkturabkühlung. Die Werte sinken auch deutlich unter den Vorjahreswert (minus 13 Punkte auf nun minus vier Punkte).

Vier von fünf Unternehmen sehen im Fachkräftemangel das größte geschäftliche Risiko für die kommenden Monate. Die Arbeitskosten bleiben als zweithöchstes Risiko konstant zu Vorumfrage (48 Prozent), während die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (plus fünf Punkte zur Vorumfrage auf nun 35 Prozent) und die Inlandsnachfrage (32 Prozent; plus fünf Punkte zur Vorumfrage) von zu-

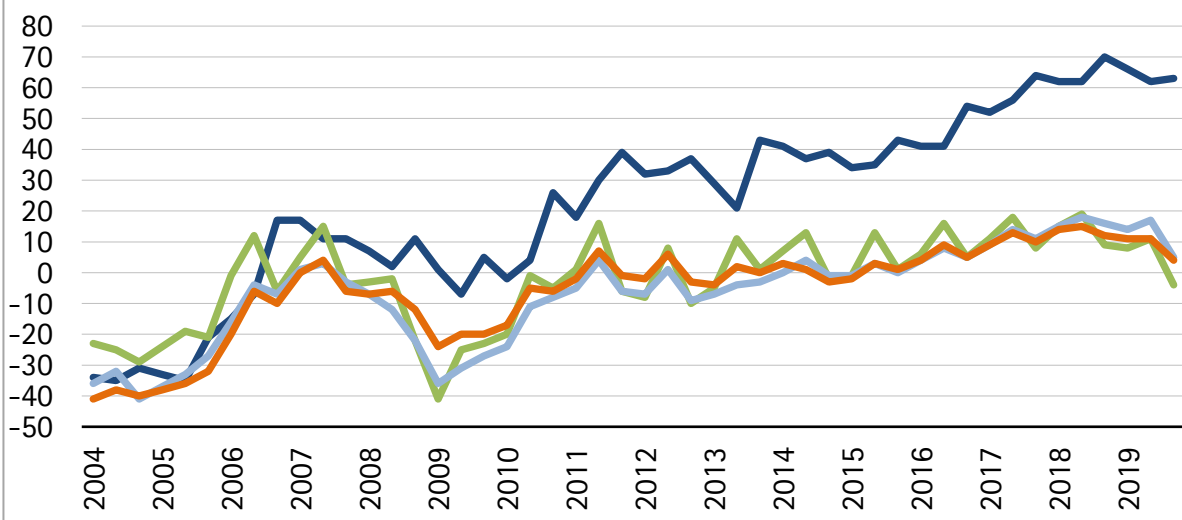
nehmend mehr Bauunternehmen als Herausforderung gesehen werden. Die Investitionsneigung der Betriebe geht im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück (minus elf Punkte auf jetzt fünf Punkte), auch die Beschäftigungsabsichten lassen spürbar nach (minus acht Punkte auf jetzt vier Punkte).

Bau stabilisiert Binnenwirtschaft – Dynamik lässt nach

Das andauernde niedrige Zinsniveau, gestiegene Einkommen sowie ein hoher Beschäftigungsstand und Zuzug in die Agglomerationsregionen sorgen für weiterhin hohe Nachfrage nach privaten Wohnungen, was sich in den guten Lageurteilen des Hochbaus auswirkt (61 Punkte). Allerdings fällt die Lageeinschätzung im Vergleich zum Vorjahr weniger positiv aus (Herbst 2018: 71 Punkte). Die Tiefbauunternehmen arbeiten weiterhin viele Aufträge der öffentlichen Hand zum Ausbau der öffentlichen Infrastruktur ab (Saldo 59 Punkte) und legen gegenüber dem Frühsommer in ihrer Lageeinschätzung leicht zu (Plus ein Punkt). Der zum Vorjahreszeitpunkt um neun Punkte niedrigere Wert, zeigt jedoch auch hier eine schwächere Dynamik. Fehlende Planungskapazitäten in den Kommunen, die unzureichende Ausweisung von Gewerbe- und Industrieflächen für Unter-

Konjunktur im Baugewerbe – in Punkten

— Geschäftslage — Geschäftserwartungen
— Investitionsabsichten — Beschäftigungsabsichten



Geschäftsrisiken im Baugewerbe (in Prozent)

	Inlandsnachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2017	27	11	45	77	33	29
Jahresbeginn 2018	23	10	48	79	36	29
Frühsommer 2018	21	11	47	82	34	26
Herbst 2018	22	9	48	82	42	27
Jahresbeginn 2019	25	9	49	81	45	27
Frühsommer 2019	27	8	48	79	40	29
Herbst 2019	32	8	48	79	41	35

nehmen sowie vielerorts zu lange Planungs- und Genehmigungsverfahren für Gewerbeansiedlungen verhindern, dass neue Standorte entwickelt oder bestehende Firmen erweitert werden und hemmen in der Folge das Wachstum der Baubranche.

Sorgen um die Inlandsnachfrage verdunkeln den Ausblick

Der Blick auf die nächsten Monate fällt bei den Bauunternehmen deutlich zurückhaltender aus. Der Erwartungssaldo sinkt um 15 Punkte (minus 13 Punkte zum Vorjahresherbst) auf minus vier Punkte. Insbesondere die Tiefbauunternehmen rechnen mit schlechteren Geschäften (Saldorückgang um 25 auf minus sechs Punkte). Im Ausbaugewerbe sinken die Erwartungen um 16 auf minus drei Punkte, im Hochbau um zwölf auf minus vier Punkte. Im Vergleich der Wirtschaftszweige liegt der Bau zwar über den Werten von Industrie und Handel. Jedoch treibt die Investitionszurückhaltung gerade in der Industrie die Sorge um eine Verschlechterung beim Wirtschaftsbau. Die Investitionsneigung des Baugewerbes geht binnen Jahresfrist ebenfalls deutlich zurück (um elf Punkte). Die Sorgen um die Inlandsnachfrage, genannt von 32 Prozent der Baubetriebe, schlagen bereits auf die Investitionsaktivitäten durch. Im Tiefbau sind es sogar 36 Prozent (neun Prozentpunkte mehr als in der Vorumfrage), im Hochbau sind es 34 Prozent. Die Einstellungsabsichten in der Bauwirtschaft sinken im Vorjahresvergleich um acht Punkte, bleiben allerdings im positiven Bereich (vier Punkte).

Fachkräftemangel bremst Geschäfte

In der gegenüber dem Vorjahr verschlechterten aber weiterhin auf sehr hohem Niveau befindlichen Geschäftslage der Bauunternehmen bereitet der Mangel an qualifiziertem Personal die größten Probleme. Vier von fünf Unternehmen der Bauwirtschaft geben an, dass der Fachkräftemangel weiterhin ihre Geschäfte beeinträchtigt (79 Prozent, konstant zur Vorumfrage). Damit liegt der Bau auf die Gesamtwirtschaft gesehen mit an der Spitze.

Besonders diejenigen Bauunternehmen, die mehr Personal einstellen wollen, berichten häufig von Fachkräftengpässen (nahezu 90 Prozent). Der Fachkräftemangel ist damit trotz der zurückhaltenden Zukunftserwartungen immer noch Wachstumsbremse im Bausektor. Passend dazu bleibt auch das Risiko Arbeitskosten im Bausektor auf gleichbleibend hohem Niveau (48 Punkte), während es sich in allen anderen Wirtschaftszweigen leicht entspannt (Gesamtwirtschaft minus zwei Punkte auf jetzt 40 Punkte). Für 41 Prozent sind steigende Energie- und Rohstoffpreise ein Geschäftsrisiko – der nach der Industrie zweithöchste Wert im Vergleich der Wirtschaftssektoren.

Handel

Großhandel im Sog der Industrie, Einzelhandel spürt erste Auswirkungen

Die aktuelle Geschäftslage im Handel trübt sich weiter ein. Gerade der Großhandel und die Handelsvermittler müssen Abstriche machen. Die deutliche Verlangsamung der Weltwirtschaft und die Absatzrückgänge in der Industrie treffen beide Branchen. Der Einzelhandel schätzt die Lage aktuell noch unverändert positiv ein (Saldo 23 Punkte). Für die nächsten Monate erwarten die Unternehmen jedoch eine Eintrübung ihrer Geschäfte. Sogar der wachstumsge wohnte Online-Handel schraubt seine Erwartungen deutlich zurück. Im Kfz-Handel wird die Lage ebenfalls schlechter bewertet (Saldo 14 nach zuletzt 25 Punkten) und auch für die nächsten Monate geben die Erwartungen deutlich nach (minus 13 nach zwei Punkten). Die Investitions- und Beschäftigungspläne im Handel gehen insgesamt weiter zurück. Im Vergleich der Wirtschaftszweige bleiben die Einschätzungen jedoch weiterhin stabil.

Lage noch auf gutem Niveau, aber eingetrübte Entwicklung

Zwar bleibt die Lagebewertung im Handel im Vergleich der Wirtschaftszweige relativ hoch. Dennoch machen die Unternehmen aktuell Abstriche. Der Saldo sinkt um fünf auf nunmehr 22 Punkte. Damit liegt der Wert aber noch über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre (zwölf Punkte). Die Abkühlung

kommt dabei gerade bei den mit der Industrie verbundenen Unternehmen an. Im Großhandel sinkt der Lagesaldo um zehn Punkte auf 22 und damit überdurchschnittlich. Im Einzelhandel bleibt der Lagesaldo im Vergleich zum Frühsommer stabil. Die Nachfrage nach kurz- und langlebigen Gütern zeigt sich derzeit noch robust und stützt die Binnenwirtschaft. Bei Anbietern von Büchern, Spielwaren, Bekleidung sowie Uhren und Schmuck wird die Lage sogar positiver als in der Vorumfrage bewertet. Überraschend sehen Online-Händler ihre Lage negativer als im Frühjahr: Der Saldo verschlechtert sich um vier Punkte auf minus vier Punkte.

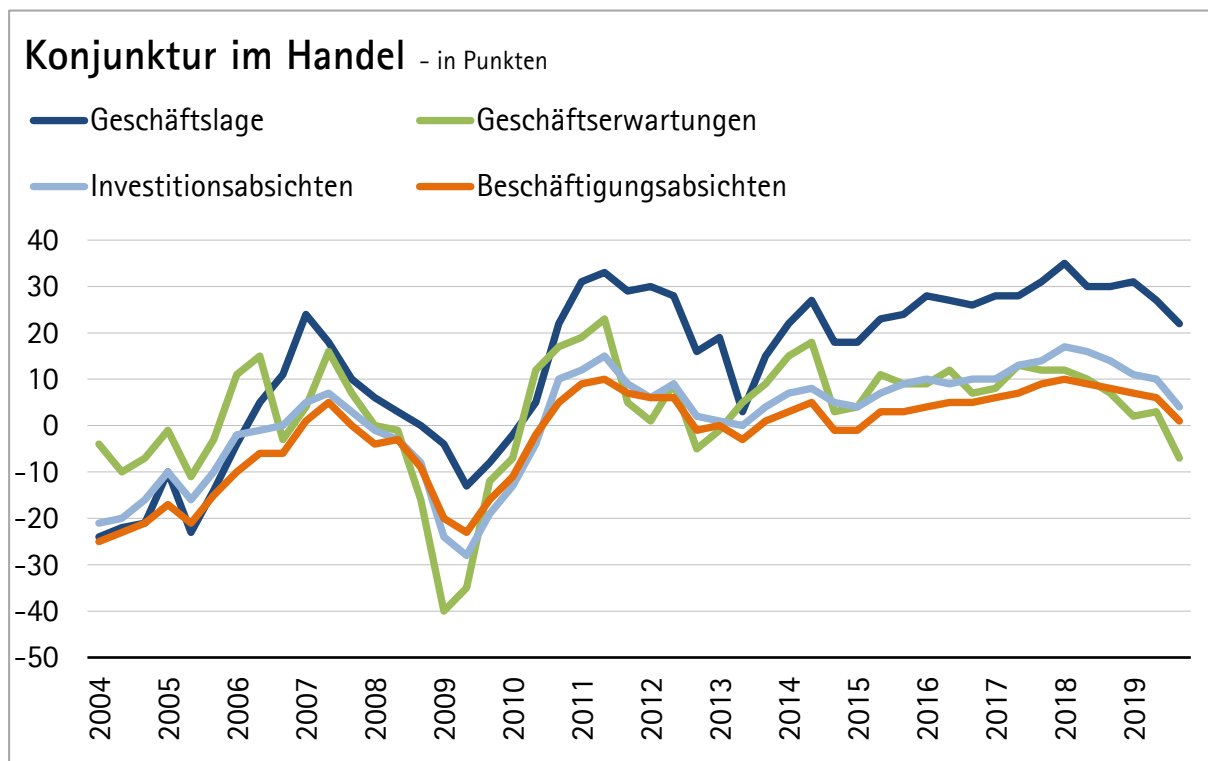
Konsum trägt Handelskonjunktur noch

Auch bei den Erwartungen zeigt sich grundsätzlich eine Zweiteilung zwischen binnenorientierten Unternehmen und anderen. Die Erwartungen im Handel insgesamt rutschen im Vergleich zur Vorumfrage um zehn Punkte deutlich ab und landen erstmals seit Anfang 2013 wieder im negativen Bereich (Saldo minus sieben Punkte). Grund dafür sind in erster Linie die schlechteren Aussichten im Großhandel (Saldo minus elf nach fünf Punkten im Frühsommer). Das äußert sich auch darin, dass der Großhandel die Auslandsnachfrage (23 nach 20 Prozent im Frühsommer), aber auch die Inlandsnachfrage durch die Industriepartner (58 nach 51 Prozent im Frühsommer) noch stärker als in der Vorumfrage als wirtschaftliches Risiko betrachtet.

Im Einzelhandel ist der Erwartungssaldo ebenfalls rückläufig (von zwei auf minus drei Punkte). Der

Geschäftsrisiken im Handel (in Prozent)

	Inlandsnachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2017	49	9	37	48	28	36
Jahresbeginn 2018	46	9	39	52	31	37
Frühsommer 2018	48	9	38	54	28	35
Herbst 2018	46	8	38	54	32	37
Jahresbeginn 2019	50	7	39	54	33	41
Frühsommer 2019	52	9	40	52	29	39
Herbst 2019	56	8	39	50	30	44



Rückgang fällt damit aber vergleichsweise gering aus. Der Buchhandel entwickelt sich zwar positiv, der Saldo liegt mit minus sieben Punkten aber immer noch im negativen Bereich. Der Bekleidungshandel ist im Vergleich mit der Vorumfrage deutlich optimistischer (Saldo drei Punkte nach minus neun). Im Online-Handel schlägt die negative Lagebewertung auch auf die Erwartungen durch. Der Saldo verschlechtert sich im Vergleich zur Vorumfrage um 25 auf zehn Punkte.

Insgesamt sorgt sich der Handel zunehmend um die Inlandsnachfrage. Mit 56 Prozent der Nennung wurde hier mittlerweile der Fachkräftemangel (50 Prozent) als größtes Risiko abgelöst. Im Einzelhandel bleibt das Nachfrage-Risiko mit 53 Prozent im Vergleich zur Vorumfrage konstant.

Investitionsplanung schwächen sich ab

Die Investitionsdynamik geht im Handel insgesamt weiter zurück. Der Saldo sinkt im Vergleich zur Vorumfrage um sechs auf nunmehr vier Punkte. Im Großhandel hat sich der Saldo binnen Jahresfrist um 13 Punkte auf ebenfalls vier Punkte verschlechtert. Er liegt damit gerade noch auf dem Niveau des langjährigen Durchschnitts von vier Punkten. Im Einzelhandel geht die Investitionsneigung leicht um zwei Punkte zurück: Dort gewinnt im Vorjahresvergleich

das Investitionsmotiv Umwelt erheblich an Bedeutung (plus sechs Prozentpunkte). Grund dafür ist, neben regulatorischen Vorgaben, dass immer stärker von Nachhaltigkeit geprägte Konsumentenverhalten (z. B. Plastikvermeidung). Im Handel insgesamt stagnieren Kapazitätsausweitungen als Investitionsmotiv. Im Einzelhandel sind die Märkte weitgehend gesättigt und bei Großhändlern und Handelsvermittlern machen sich die Entwicklungen im Welthandel und der Industrie bemerkbar.

Beschäftigungsaufbau schwächt sich ab

Die Beschäftigungspläne im Handel schwächen sich ab (von sechs Punkten auf einen Punkt). Sie liegen damit noch leicht über dem langjährigen Durchschnitt von minus drei Punkten, so dass in der Branche aktuell kein Beschäftigungsabbau zu erwarten ist.

Der Rückgang im Großhandel (um minus neun auf zwei Punkte im Vergleich zum Frühsommer) ist wesentlich höher als im Einzelhandel (minus zwei auf null Punkte). Der Fachkräftemangel bleibt im Handel insgesamt an zweiter Stelle der wirtschaftlichen Risiken (53 Prozent) – im Großhandel mit abnehmender Tendenz, im Einzelhandel auf gleichbleibend hohem Niveau. Dort macht sich die insgesamt immer

knappere Verfügbarkeit von Mitarbeitern auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar.

Kfz-Branche bangt um Nachfrage

Autohändler und Werkstätten bewerten ihre Lage schlechter (Saldo 14 nach zuletzt 25 Punkten). Der Erwartungssaldo rutscht in den negativen Bereich ab (minus 13 Punkte) und verschlechtert sich um deutliche 15 Punkte. Das größte Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung sieht die Branche zwar weiterhin im Fachkräftemangel (60 Prozent). Im Vergleich zur Vorbefragung (67 Prozent) verliert es aber an Bedeutung. Dafür nehmen die Sorgen um die Inlandsnachfrage erheblich zu (56 nach 51 Prozent). Die Kfz-Branche im Handel bleibt angesichts der hohen Abhängigkeit von technologischen, politischen und konsumgetriebenen Entwicklungen auf unsicherem Terrain.

Dienstleister

Die Stimmung der Dienstleistungswirtschaft trübt sich leicht ein. Die Dienstleister bewerten ihre Geschäftslage zum dritten Mal in Folge schlechter als in der Vorumfrage (Saldo 35 nach 37 Punkten). Dabei ist das Bild gemischt. Während konsumnahe Branchen wie das Gastgewerbe, aber auch die Versicherungswirtschaft mit ihren Geschäften zufriedener sind, machen unternehmensnahe Dienstleister wie Unternehmensberater und Zeitarbeitsfirmen Abstriche. Beim Blick in die Zukunft lassen die Unternehmen jedoch in der Breite Zurückhaltung walten. Der Abschwung in der Industrie trifft zunehmend auch die verbundenen Dienstleister deutlich. Die Investitionspläne der Dienstleistungsbranche sinken insgesamt, fallen aber im Vergleich der Gesamtwirtschaft noch am zuversichtlichsten aus. Ebenso setzt sich der Beschäftigungsaufbau weniger dynamisch fort.

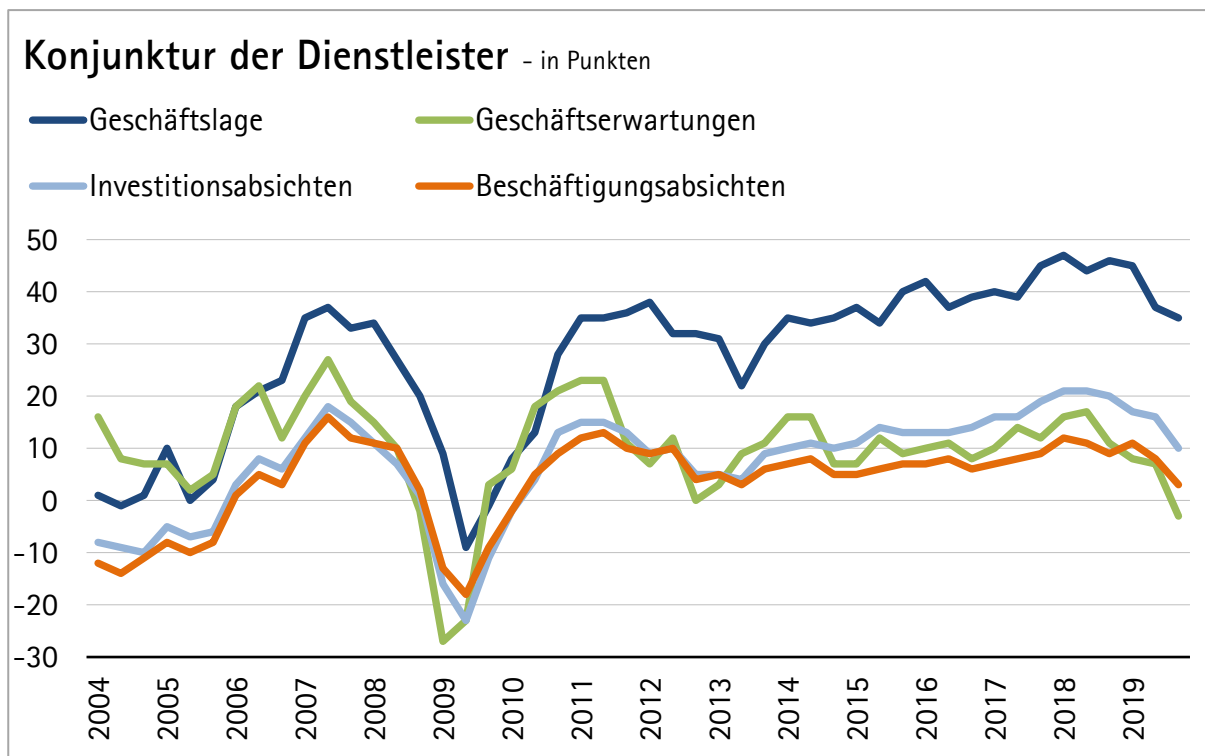
Abstriche bei den Erwartungen

Die Erwartungen gehen deutlich zurück (auf minus drei nach zuvor sieben Punkten). Trotz des Rückgangs um 14 Punkte gegenüber dem Vorjahr, liegen die Erwartungen der Dienstleister damit noch vier Punkte über dem Schnitt der Gesamtwirtschaft. Unternehmen der Lagerhaltung, Dienstleister für den

Luft- und Landverkehr sowie im Bereich der Überlassung von Arbeitskräften und das Kreditgewerbe schauen besonders zurückhaltend in die Zukunft. Weiterhin gute Erwartungen hegen die IT-Dienstleister, die Medien- und Filmwirtschaft sowie Versicherungen und Wirtschaftsprüfer. In der Immobilienwirtschaft liegen die Zukunftserwartungen trotz der gegenwärtig noch hohen Wohnungsnachfrage nur noch knapp im positiven Bereich. Die Sorgen um die Inlandsnachfrage nehmen im Servicesektor in der Breite zu (40 nach 37 Prozent), fallen jedoch um sechs Punkte geringer aus als in der Gesamtwirtschaft.

Beschäftigungs- und Investitionsplanungen leicht rückläufig

Der Beschäftigungsaufbau verliert weiter an Fahrt (drei nach acht Punkten) – und sinkt unter den langjährigen Durchschnitt (vier Punkte). Sie liegt damit aber immer noch an zweiter Stelle hinter der Bau- und drei Punkte über dem Schnitt der Gesamtwirtschaft. Die Beschäftigungsentwicklung wird in einigen Branchen weiter stark von der Verfügbarkeit von Fachkräften beeinflusst. Insgesamt sehen immer noch 59 Prozent (nach 62 Prozent im Frühsommer) der Dienstleistungsunternehmen im Fachkräftemangel das größte Risiko für ihre Geschäftsentwicklung. Risikofaktor Nr. 2 sind zunehmend die



Geschäftsrisiken der Dienstleister (in Prozent)

	Inlandsnachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
Herbst 2017	33	11	41	57	22	41
Jahresbeginn 2018	30	11	42	60	23	41
Frühsommer 2018	31	11	42	61	22	40
Herbst 2018	30	10	41	63	26	40
Jahresbeginn 2019	34	10	43	63	28	42
Frühsommer 2019	37	10	42	62	25	42
Herbst 2019	40	10	41	59	25	46

wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (46 nach 42 Prozent) vor den Arbeitskosten (41 nach 42 Prozent). Die Investitionsdynamik lässt entsprechend weiter nach (von 16 auf zehn Punkte). Dabei nehmen Ersatzinvestitionen und Rationalisierung als Investitionsmotive hinzu, während Kapazitätsausweitungen und Produktinnovationen abnehmen. Damit sind die Pläne weiterhin im Vergleich der Wirtschaftszweige hoch. Gerade Digitalisierung und steigende Umweltschutzanforderungen sorgen für einen zusätzlichen Bedarf an Investitionen.

Unternehmensbezogene Dienstleister – langsame Industriekonjunktur schlägt durch: Nochmals weniger Aufträge aus der Industrie

Der konjunkturelle Rückgang in der Industrie schlägt zunehmend auch auf die unternehmensbezogenen Dienstleister durch. Unternehmungen wie Berater, Leasinggesellschaften oder Forschungs- und Entwicklungsunternehmen korrigieren ihre Lagebewertung zum zweiten Mal in Folge um sieben Punkte nach unten (40 nach 47 Punkten im Frühsommer). Die Erwartungen der Unternehmensservices sinken sogar noch deutlicher um zehn Punkte (fünf nach 15 Punkten im Frühsommer), was sich direkt auch in einem Rückgang der Investitionspläne bemerkbar macht (minus fünf Punkte auf 11 Punkte). Den Rückgang der Aufträge aus der Wirtschaft spüren auch die IT-Dienste immer stärker. Die Unternehmen bewerten ihre aktuellen Geschäfte zwar auf nach wie vor hohem Niveau (minus sechs auf 47 Punkte). Die Erwartungen trüben sich hingegen ein (minus acht Punkte auf 18 Punkte).

Personenbezogenen Dienstleister stabil

Die Einschätzung der Geschäftslage der personenbezogenen Dienstleister klettern im Herbst noch einmal (31 nach 26 Punkten im Frühsommer). Wäschereien, Kinos, Saunen oder Solarien und andere personenbezogene Dienstleister profitieren noch von der hohen Nachfrage durch die gute Beschäftigungssituation hierzulande. Die Erwartungen für das laufende Jahr bleiben unverändert im Vergleich zum Frühsommer bei fünf Punkten. Die Unternehmen stemmen sich damit derzeit noch erfolgreich gegen eine Eintrübung ihrer Geschäfte. Allerdings reduzieren die Unternehmen auch erneut ihre Investitionsabsichten (13 nach 16 Punkten). Top-Risiko bleibt trotzdem mit 58 Prozent der Fachkräftemangel. Was sich in den Beschäftigungsplänen widerspiegelt, die sogar leicht zulegen (zwölf nach neun Punkten).

Gesundheits- und Sozialdienste weiter optimistisch

Unternehmen der Bildungswirtschaft und der Gesundheits- und sozialen Dienste blicken aktuell auf stabile Geschäfte. Die sozialen Dienste und die Bildungswirtschaft verbessern sogar ihre Einschätzung der Geschäftslage. Die sozialen Dienste erholen sich (plus vier Punkte) auf jetzt 38 Punkte. Die Lage in der Bildungswirtschaft legt ebenfalls zu (von 36 auf 38 Punkte). Insgesamt sind die Unternehmen dieser Branche weniger Konjunktursensibel als andere Branchen. Die demographische Entwicklung hierzulande bleibt für sie der Wachstumstreiber. Bei der Investitionsbereitschaft zeigt sich hingegen ein uneinheitliches Bild. Im Bereich der Gesundheits- und sozialen Dienste sinkt der Wert nach dem Hoch im

Sommer ab (von 35 auf 29 Punkte), während die Bildungswirtschaft ihre Investitionen (von acht auf 17 Punkte) steigert und die verschlechterten Beschäftigungsabsichten aus dem Frühsommer wieder in den positiven Bereich umschlagen (von minus eins auf sieben Punkte). Gravierend zeigt sich bei den Gesundheits- und Sozialdiensten der Fachkräftemangel – 83 Prozent nennen dieses Risiko. Im Branchenvergleich ist das der viert höchste Werte. Angesichts der demografischen Herausforderungen hierzulande bleibt die Branche auf etwas niedrigerem Niveau als im Frühsommer ein Stabilisator der Konjunktur.

Verkehrswirtschaft spürt Abwärtstrend der Industrie

Die Verkehrsunternehmen bewerten ihre Geschäftslage zum dritten Mal in Folge schlechter (von 20 auf aktuell 17 Punkte). Die Fuhrunternehmen spüren die rückläufige Nachfrage vor allem aus der Industrie mit als erste. 37 Prozent der Verkehrswirtschaftsunternehmen sehen in der schwächelnden Inlandsnachfrage ein Risiko (Vorumfrage: 32 Prozent). Die Erwartungen fallen passend zum negativen Bild in der Industrie für das laufende Jahr deutlich – der Saldo hat sich auf minus 20 Punkte verschlechtert (Vorumfrage: minus vier Punkte). Dies schlägt sich auch in der Investitionsneigung nieder, die Transportunternehmen planen deutlich weniger Investitionen (Saldorückgang um zehn auf null Punkte). Größtes Risiko für die Branche bleibt trotz rückläufiger Nachfrage der Fachkräftemangel, ganze 69 Prozent der Betriebe sehen darin eine Herausforderung.

Gastgewerbe: Fehlende Mitarbeiter trüben den saisonalen Aufschwung

Restaurants, Hotels und andere Unternehmen des Gastgewerbes bewerten ihre Geschäftslage in der üblichen saisonalen Entwicklung deutlich positiver als im Frühsommer (Anstieg von 34 auf 42 Punkte). Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich jedoch: Die Gastronomen schätzen binnen Jahresfrist ihre Lage etwas schlechter ein (minus vier Punkte). Aktuell sind hier mit 24 Prozent der Betriebe im Vergleich zur Gesamtwirtschaft (46 Prozent) nur ein relativ geringer Teil besorgt ob der Inlandsnachfrage. Das Fehlen von geeignetem Personal ist immer noch die größte Sorge der Unternehmen (71 Prozent). Die Beschäftigungsabsichten verschlechtern sich (minus eins nach plus vier Punkten; Herbst 2018: null

Punkte). Das Gastgewerbe blickt weniger optimistisch in die Zukunft. Der Erwartungssaldo sinkt gegenüber der Vorumfrage um 16 auf minus vier Punkte auf und liegt somit zehn Punkte unter dem Vorjahreswert von sechs Punkten. Mit 59 Prozent der Gastbetriebe sorgt sich dennoch abermals eine gestiegene Anzahl über die Entwicklung der Arbeitskosten. Die Risiken wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen (von 40 auf 43 Punkte) und Energie- und Rohstoffpreise (von 41 auf 45 Punkte) legen ebenfalls zu. Die Investitionsabsichten der Branche bleiben nach drei negativen Entwicklungen in Folge konstant bei 17 Punkten und damit um fünf Punkte unter dem Wert vor Jahresfrist.

Geschäftserwartungen des Kreditgewerbes gehen wieder zurück

Die Stimmung im Kreditgewerbe verschlechtert sich zum zweiten Mal in Folge. Die Branche schätzt ihre Geschäftslage deutlich schlechter ein als im Frühsommer (17 nach 26 Punkte). Die Geschäftserwartungen brechen nach der nicht erfolgten Zinswende auf schon sehr niedrigem Niveau nochmals dramatisch ein (minus 25 Punkte zur Vorumfrage auf nun minus 41 Punkte). Das Auslaufen der zehnjährigen Bindungsfrist von Kreditzinsen, die auf Vorkrisenniveau im Jahr 2009 deutlich höher rentierten als aktuellen Rand, verschärft absehbar die zukünftige Ertragssituation der Institute. Folglich sehen diese die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (83 Prozent) als größte wirtschaftliche Risiko. Damit sind sie am kritischsten im Branchenvergleich. Entsprechend sinkt die Investitionsneigung stark ab (um minus 18 Punkte auf aktuell minus zwei Punkte). Der Grund hier sind die immer weiter steigenden regulatorischen und bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen aus Basel III und dem kommenden sog. „Basel IV“. Die Personalpläne des Kreditgewerbes sind auch deshalb weiterhin im tiefroten Bereich (bei minus 44 Punkten).

Konjunktur in den Regionen



Konjunkturumfragen der IHKs

Die regionalen Konjunkturumfragen der 79 Industrie- und Handelskammern können Sie im Internet über www.dihk.de/konjunktur abrufen.



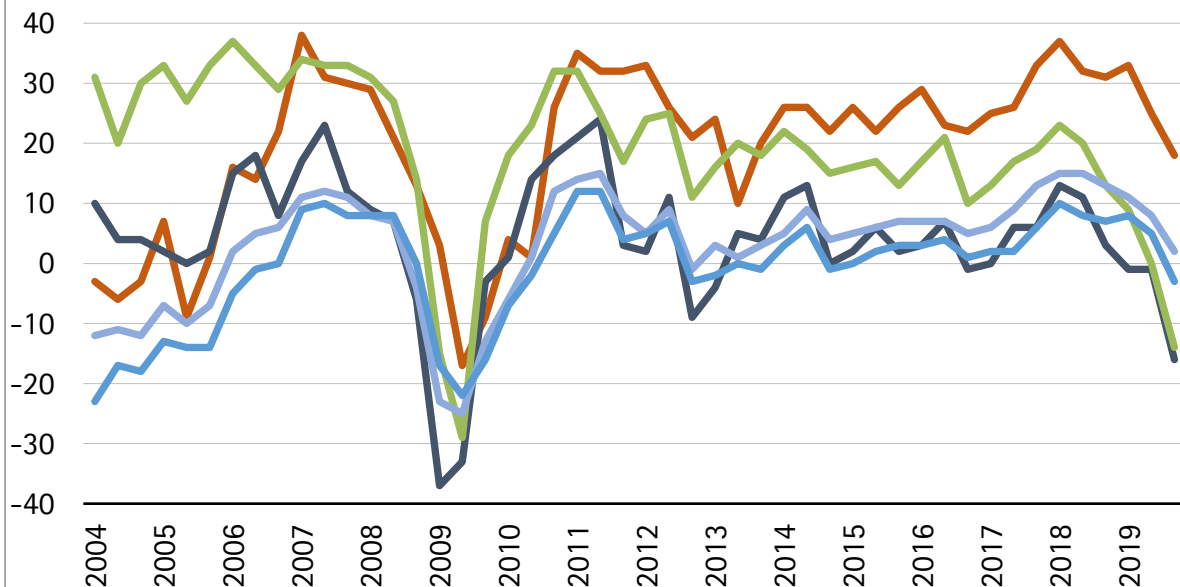
Konjunktur im Norden

Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein; Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exportwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Norden	DE	Norden	DE	Norden	DE	Norden	DE	Norden	DE
Jahresbeginn 2013	24	27	-4	2	16	16	3	3	-2	1
Frühsommer 2013	10	17	5	9	20	17	1	3	0	1
Herbst 2013	20	27	4	11	18	23	3	8	-1	4
Jahresbeginn 2014	26	32	11	17	22	30	5	10	3	6
Frühsommer 2014	26	33	13	18	19	25	9	11	6	6
Herbst 2014	22	31	0	6	15	15	4	8	-1	2
Jahresbeginn 2015	26	32	2	7	16	17	5	9	0	3
Frühsommer 2015	22	32	6	13	17	21	6	12	2	5
Herbst 2015	26	35	2	9	13	16	7	11	3	5
Jahresbeginn 2016	29	38	3	11	17	20	7	12	3	6
Frühsommer 2016	23	34	7	12	21	17	7	12	4	6
Herbst 2016	22	36	-1	9	10	16	5	13	1	6
Jahresbeginn 2017	25	38	0	11	13	23	6	14	2	7
Frühsommer 2017	26	40	6	16	17	24	9	17	2	9
Herbst 2017	33	45	6	14	19	25	13	19	6	11
Jahresbeginn 2018	37	48	13	18	23	31	15	22	10	14
Frühsommer 2018	32	45	11	17	20	24	15	21	8	12
Herbst 2018	31	45	3	11	13	17	13	19	7	11
Jahresbeginn 2019	33	43	-1	7	9	13	11	16	8	10
Frühsommer 2019	25	36	-1	5	0	2	8	14	5	6
Herbst 2019	18	30	-16	-7	-14	-12	2	5	-3	0

Konjunktur im Norden - in Punkten; *Industrieunternehmen

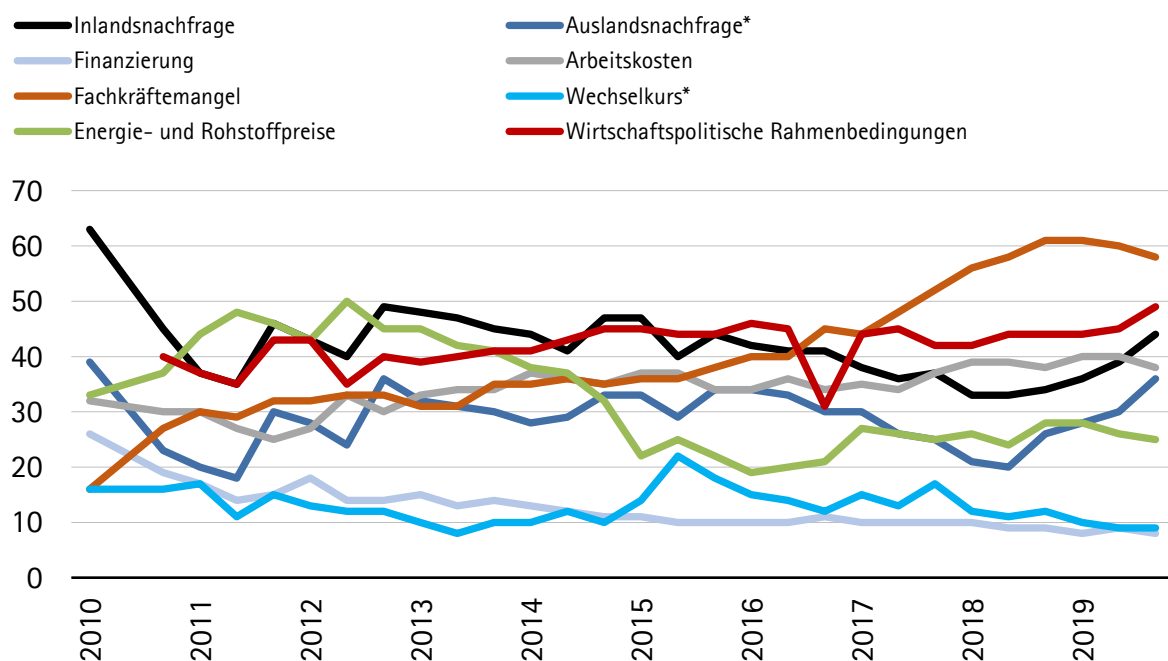
— Lage — Erwartungen — Export* — Investitionen — Beschäftigung



**Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein;
in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen**

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Jahresbeginn 2015	47	33	11	37	36	14	22	45	30	27	24	10	64
Frühsommer 2015	40	29	10	37	36	22	25	44	30	28	23	8	62
Herbst 2015	44	34	10	34	38	18	22	44	31	29	24	9	62
Jahresbeginn 2016	42	34	10	34	40	15	19	46	31	29	25	9	61
Frühsommer 2016	41	33	10	36	40	14	20	45	30	29	25	9	62
Herbst 2016	41	30	11	34	45	12	21	31	29	29	25	8	62
Jahresbeginn 2017	38	30	10	35	44	15	27	44	32	28	24	9	65
Frühsommer 2017	36	26	10	34	48	13	26	45	30	28	26	8	63
Herbst 2017	37	25	10	37	52	17	25	42	29	30	29	9	59
Jahresbeginn 2018	33	21	10	39	56	12	26	42	30	31	30	10	62
Frühsommer 2018	33	20	9	39	58	11	24	44	30	31	28	10	61
Herbst 2018	34	26	9	38	61	12	28	44	30	30	30	10	59
Jahresbeginn 2019	36	28	8	40	61	10	28	44	30	30	32	12	61
Frühsommer 2019	39	30	9	40	60	9	26	45	29	31	30	13	59
Herbst 2018	44	36	8	38	58	9	25	49	30	32	25	16	60

Risiken im Norden - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen



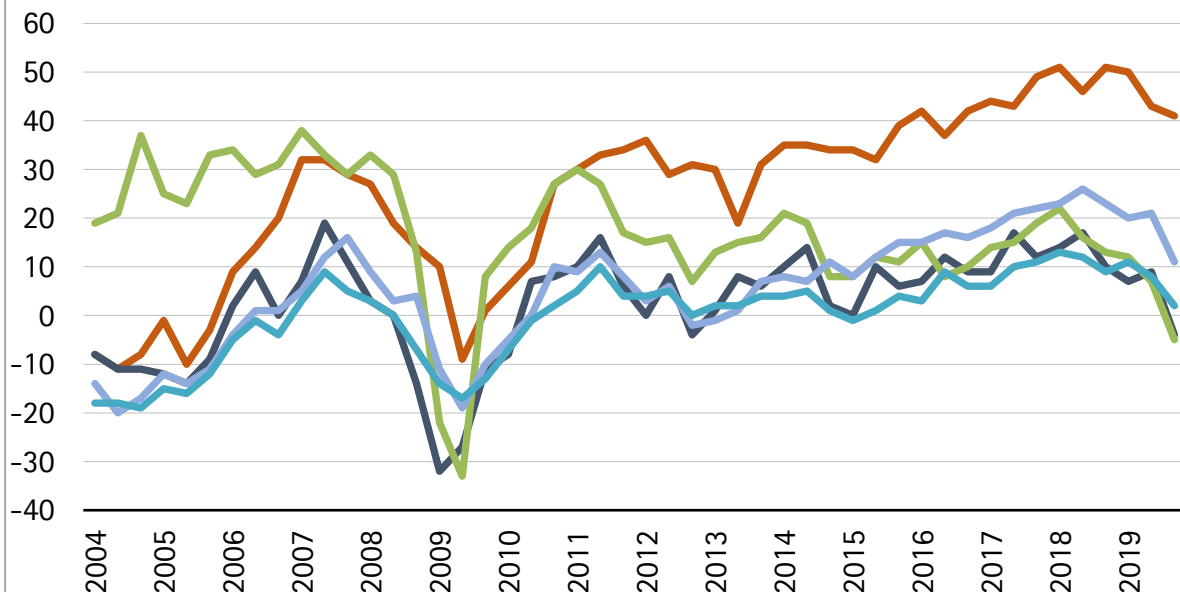
Konjunktur im Osten

Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen;
Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exportserwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Osten	DE	Osten	DE	Osten	DE	Osten	DE	Osten	DE
Jahresbeginn 2013	30	27	1	2	13	16	-1	3	2	1
Frühsommer 2013	19	17	8	9	15	17	1	3	2	1
Herbst 2013	31	27	6	11	16	23	7	8	4	4
Jahresbeginn 2014	35	32	10	17	21	30	8	10	4	6
Frühsommer 2014	35	33	14	18	19	25	7	11	5	6
Herbst 2014	34	31	2	6	8	15	11	8	1	2
Jahresbeginn 2015	34	32	0	7	8	17	8	9	-1	3
Frühsommer 2015	32	32	10	13	12	21	12	12	1	5
Herbst 2015	39	35	6	9	11	16	15	11	4	5
Jahresbeginn 2016	42	38	7	11	15	20	15	12	3	6
Frühsommer 2016	37	34	12	12	8	17	17	12	9	6
Herbst 2016	42	36	9	9	10	16	16	13	6	6
Jahresbeginn 2017	44	38	9	11	14	23	18	14	6	7
Frühsommer 2017	43	40	17	16	15	24	21	17	10	9
Herbst 2017	49	45	12	14	19	25	22	19	11	11
Jahresbeginn 2018	51	48	14	18	22	31	23	22	13	14
Frühsommer 2018	46	45	17	17	16	24	26	21	12	12
Herbst 2018	51	45	10	11	13	17	23	19	9	11
Jahresbeginn 2019	50	43	7	7	12	13	20	16	11	10
Frühsommer 2019	43	36	9	5	7	2	21	14	8	6
Herbst 2019	41	30	-4	-7	-5	-12	11	5	2	0

Konjunktur im Osten - in Punkten; *Industrieunternehmen

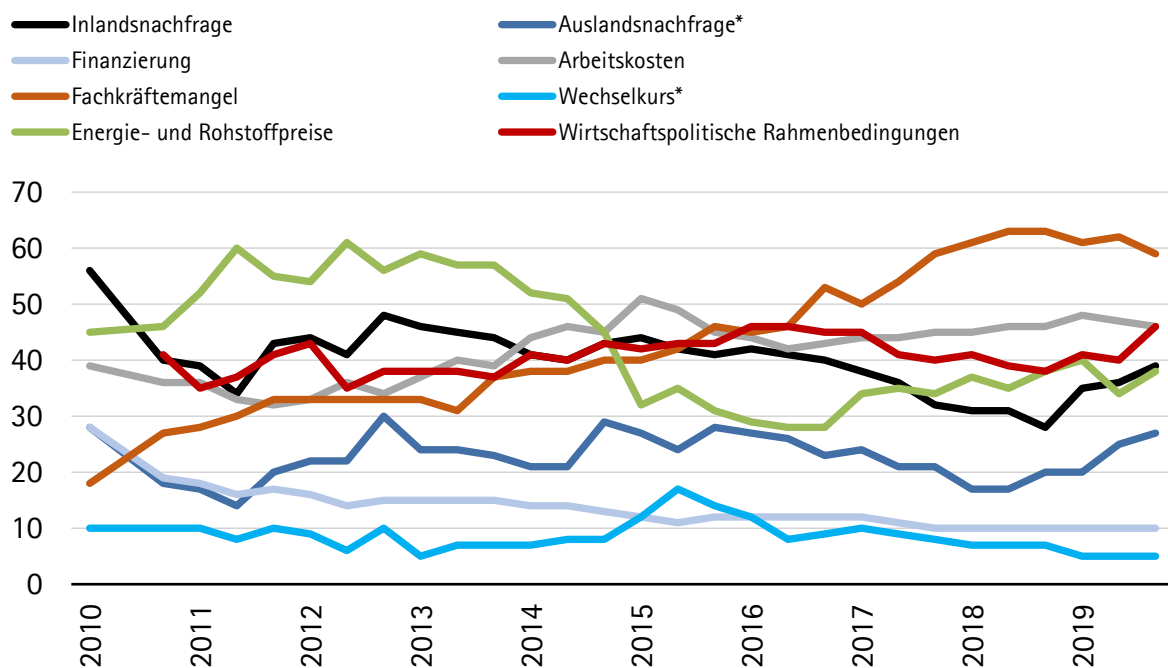
— Lage — Erwartungen — Export* — Investitionen — Beschäftigung



**Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen;
in Prozent; Mehrfachnennungen möglich *Industrieunternehmen**

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Jahresbeginn 2015	44	27	12	51	40	12	32	42	26	27	25	11	69
Frühsommer 2015	42	24	11	49	42	17	35	43	26	26	24	11	70
Herbst 2015	41	28	12	45	46	14	31	43	27	28	27	11	70
Jahresbeginn 2016	42	27	12	44	45	12	29	46	28	27	27	11	70
Frühsommer 2016	41	26	12	42	46	8	28	46	26	28	29	11	70
Herbst 2016	40	23	12	43	53	9	28	45	26	29	29	11	70
Jahresbeginn 2017	38	24	12	44	50	10	34	45	32	35	35	18	73
Frühsommer 2017	36	21	11	44	54	9	35	41	26	30	30	11	67
Herbst 2017	32	21	10	45	59	8	34	40	26	30	31	11	70
Jahresbeginn 2018	31	17	10	45	61	7	37	41	27	30	33	11	69
Frühsommer 2018	31	17	10	46	63	7	35	39	27	31	34	13	65
Herbst 2018	28	20	10	46	63	7	38	38	27	29	32	11	68
Jahresbeginn 2019	35	20	10	48	61	5	40	41	29	31	31	13	69
Frühsommer 2019	36	25	10	47	62	5	34	40	26	29	32	13	69
Herbst 2019	39	27	10	46	59	5	38	46	29	29	27	16	69

Risiken im Osten - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen



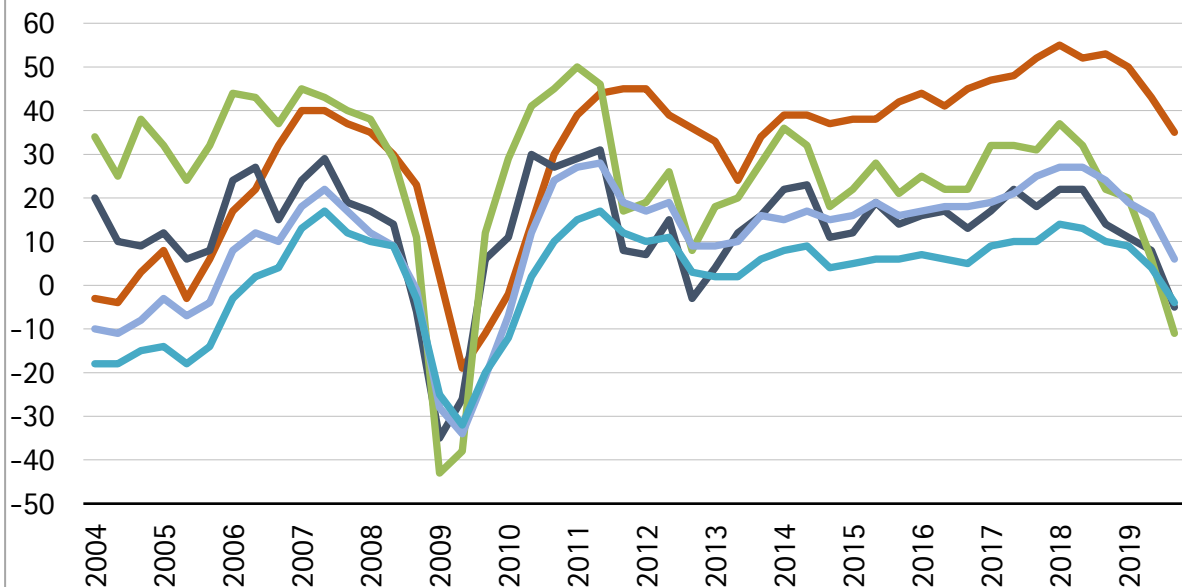
Konjunktur im Süden

Baden-Württemberg, Bayern; Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exportwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Süden	DE	Süden	DE	Süden	DE	Süden	DE	Süden	DE
Jahresbeginn 2013	33	27	4	2	18	16	9	3	2	1
Frühsommer 2013	24	17	12	9	20	17	10	3	2	1
Herbst 2013	34	27	16	11	28	23	16	8	6	4
Jahresbeginn 2014	39	32	22	17	36	30	15	10	8	6
Frühsommer 2014	39	33	23	18	32	25	17	11	9	6
Herbst 2014	37	31	11	6	18	15	15	8	4	2
Jahresbeginn 2015	38	32	12	7	22	17	16	9	5	3
Frühsommer 2015	38	32	19	13	28	21	19	12	6	5
Herbst 2015	42	35	14	9	21	16	16	11	6	5
Jahresbeginn 2016	44	38	16	11	25	20	17	12	7	6
Frühsommer 2016	41	34	17	12	22	17	18	12	6	6
Herbst 2016	45	36	13	9	22	16	18	13	5	6
Jahresbeginn 2017	47	38	17	11	32	23	19	14	9	7
Frühsommer 2017	48	40	22	16	32	24	21	17	10	9
Herbst 2017	52	45	18	14	31	25	25	19	10	11
Jahresbeginn 2018	55	48	22	18	37	31	27	22	14	14
Frühsommer 2018	52	45	22	17	32	24	27	21	13	12
Herbst 2018	53	45	14	11	22	17	24	19	10	11
Jahresbeginn 2019	50	43	11	7	20	13	19	16	9	10
Frühsommer 2019	43	36	8	5	6	2	16	14	4	6
Herbst 2019	35	30	-5	-7	-11	-12	6	5	-4	0

Konjunktur im Süden - in Punkten; *Industrieunternehmen

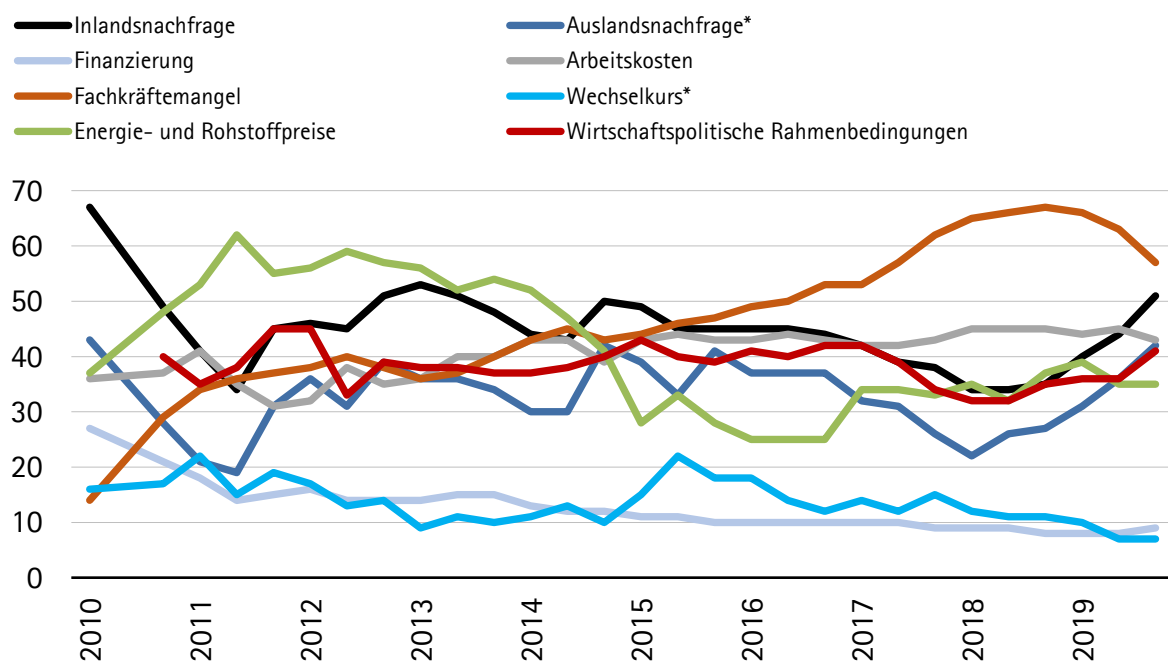
— Lage — Erwartungen — Export* — Investitionen — Beschäftigung



Baden-Württemberg, Bayern; in Prozent; Mehrfachnennungen möglich *Industrieunternehmen

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Jahresbeginn 2015	49	39	11	43	44	15	28	43	34	34	27	22	69
Frühsommer 2015	45	33	11	44	46	22	33	40	33	34	27	22	69
Herbst 2015	45	41	10	43	47	18	28	39	34	35	26	23	68
Jahresbeginn 2016	45	37	10	43	49	18	25	41	34	34	27	22	69
Frühsommer 2016	45	37	10	44	50	14	25	40	33	34	26	22	68
Herbst 2016	44	37	10	43	53	12	25	42	34	35	28	22	69
Jahresbeginn 2017	42	32	10	42	53	14	34	42	34	35	29	21	69
Frühsommer 2017	39	31	10	42	57	12	34	39	34	35	30	22	69
Herbst 2017	38	26	9	43	62	15	33	34	35	36	31	23	67
Jahresbeginn 2018	34	22	9	45	65	12	35	32	34	35	34	22	67
Frühsommer 2018	34	26	9	45	66	11	32	32	33	35	32	21	67
Herbst 2018	35	27	8	45	67	11	37	35	35	35	32	23	68
Jahresbeginn 2019	40	31	8	44	66	10	39	36	35	34	30	24	66
Frühsommer 2019	44	36	8	45	63	7	35	36	34	35	28	24	67
Herbst 2019	51	42	9	43	57	7	35	41	35	34	24	27	67

Risiken im Süden - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen



Konjunktur im Westen

Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland;
Saldo in Punkten; *Industrieunternehmen

	Geschäftslage		Geschäftserwartungen		Exportwartungen*		Investitionsabsichten		Beschäftigungsabsichten	
	Westen	DE	Westen	DE	Westen	DE	Westen	DE	Westen	DE
Jahresbeginn 2013	21	27	3	2	13	16	0	3	1	1
Frühsommer 2013	13	17	7	9	12	17	-2	3	-1	1
Herbst 2013	21	27	12	11	21	23	3	8	4	4
Jahresbeginn 2014	27	32	19	17	28	30	8	10	6	6
Frühsommer 2014	31	33	16	18	21	25	7	11	6	6
Herbst 2014	27	31	7	6	13	15	3	8	3	2
Jahresbeginn 2015	28	32	8	7	15	17	6	9	4	3
Frühsommer 2015	31	32	13	13	17	21	9	12	6	5
Herbst 2015	32	35	10	9	14	16	7	11	6	5
Jahresbeginn 2016	34	38	13	11	17	20	8	12	8	6
Frühsommer 2016	33	34	11	12	11	17	9	12	6	6
Herbst 2016	32	36	10	9	12	16	10	13	8	6
Jahresbeginn 2017	34	38	13	11	18	23	12	14	9	7
Frühsommer 2017	36	40	15	16	18	24	15	17	11	9
Herbst 2017	42	45	14	14	22	25	16	19	13	11
Jahresbeginn 2018	45	48	18	18	30	31	19	22	17	14
Frühsommer 2018	44	45	15	17	18	24	18	21	14	12
Herbst 2018	43	45	11	11	14	17	17	19	13	11
Jahresbeginn 2019	40	43	6	7	7	13	13	16	11	10
Frühsommer 2019	33	36	5	5	-3	2	12	14	8	6
Herbst 2019	26	30	-6	-7	-13	-12	3	5	2	0

Konjunktur im Westen - in Punkten; *Industrieunternehmen

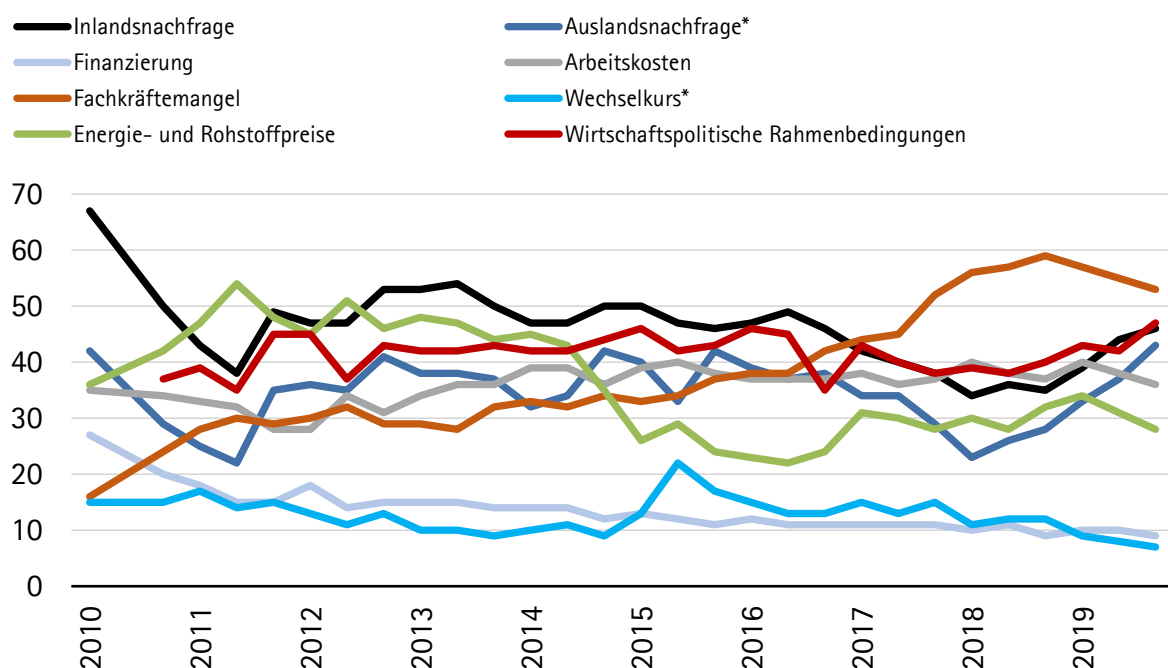
— Lage — Erwartungen — Export* — Investitionen — Beschäftigung



Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland;
Saldo in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Jahresbeginn 2015	50	40	13	39	33	13	26	46	32	30	28	10	63
Frühsommer 2015	47	33	12	40	34	22	29	42	31	29	28	10	63
Herbst 2015	46	42	11	38	37	17	24	43	33	30	30	10	62
Jahresbeginn 2016	47	39	12	37	38	15	23	46	32	32	30	10	62
Frühsommer 2016	49	37	11	37	38	13	22	45	31	31	29	10	63
Herbst 2016	46	38	11	37	42	13	24	35	33	31	30	10	61
Jahresbeginn 2017	42	34	11	38	44	15	31	43	32	33	31	10	62
Frühsommer 2017	40	34	11	36	45	13	30	40	29	32	32	10	62
Herbst 2017	38	29	11	37	52	15	28	38	32	34	33	12	60
Jahresbeginn 2018	34	23	10	40	56	11	30	39	31	33	34	11	61
Frühsommer 2018	36	26	11	38	57	12	28	38	31	32	33	10	62
Herbst 2018	35	28	9	37	59	12	32	40	33	32	34	12	60
Jahresbeginn 2019	39	33	10	40	57	9	34	43	32	33	32	13	62
Frühsommer 2019	44	37	10	38	55	8	31	42	32	33	30	13	61
Herbst 2019	46	43	9	36	53	7	28	47	33	31	27	15	63

Risiken im Westen - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Industrieunternehmen



Anhang

Fragen des DIHK zur wirtschaftlichen Situation im Herbst 2019

Wie beurteilten Sie die gegenwärtige Lage Ihres Unternehmens?

- gute Geschäftslage
- befriedigende Geschäftslage
- schlechte Geschäftslage

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- bessere Geschäftslage
- gleich bleibende Geschäftslage
- schlechtere Geschäftslage

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Inlandsnachfrage
- Auslandsnachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energie- und Rohstoffpreise
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, wenn ja ...

Mit welcher Entwicklung der Exporte rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- höhere Exporte
- gleich bleibende Exporte
- geringere Exporte

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Ausgaben
- gleich bleibende Ausgaben
- geringere Ausgaben

Welches sind die Hauptmotive, die Ihr Unternehmen seinen geplanten Investitionen im Inland für die kommenden 12 Monate zugrunde legt? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Rationalisierung
- Produktinnovation
- Kapazitätsausweitung
- Umweltschutz
- Ersatzbedarf

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Beschäftigtenzahl
- gleich bleibende Beschäftigtenzahl
- geringere Beschäftigtenzahl

Methodik

Mit der aktuellen Auswertung „**Konjunktur auf Talfahrt**“ präsentiert der DIHK die Ergebnisse seiner aktuellen Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland. Die Umfrage wurde erstmals im Herbst 1977 durchgeführt (bis Fröhsommer 2013 unter dem Titel „Wirtschaftslage und Erwartungen“). Seit dem Jahr 2000 findet sie dreimal, bis dahin zweimal pro Jahr statt.

Grundlage für die DIHK-Ergebnisse sind Befragungen der Unternehmen durch insgesamt 79 IHKs. Im Herbst 2019 haben die IHKs rund **28.000 Antworten** ausgewertet. Die regionalen Auswertungen der IHKs können Sie auch im Internet unter www.dihk.de/konjunktur abrufen. Die Unterscheidung der Unternehmenseinschätzungen nach **Regionen** ist auch ein besonderes Merkmal der DIHK-Umfrage. Dabei werden dem Norden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Nach **Wirtschaftszweigen** verteilen sich die Antworten auf die Industrie (27 Prozent), die Bauwirtschaft (sieben Prozent), den Handel (22 Prozent) und die Dienstleister (44 Prozent). Die Einteilung der Wirtschaftszweige in der DIHK-Konjunkturumfrage basiert entsprechend der amtlichen Statistik auf der WZ 2008. Im Rahmen der Umstellung im Fröhsommer 2009 wurden Werte der Vorumfragen auf dieser Basis neu berechnet, so dass es im Vergleich zu früher ausgewiesenen Werten zu Differenzen kommen kann.

Nach **Größenklassen** teilen sich die Antworten folgendermaßen auf: 35 Prozent Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, 14 Prozent Unternehmen mit zehn bis 19 Beschäftigten, 40 Prozent Unternehmen mit 20 bis 199 Beschäftigten, sieben Prozent Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten.

Die IHKs gestalten ihre Stichprobe so aus, dass ein repräsentatives Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft vor Ort abgebildet ist (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogen geschichtete Stichprobe). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene **Gewichtung**. Die Antworten der regelmäßigen Konjunkturfragen (siehe Fragebogen im Anhang) von Betriebsstätten mit mehr als 500 Beschäftigten sind mit dem Faktor 2 und die Antworten von Betriebsstätten mit mehr als 1.000 Beschäftigten mit dem Faktor 3 gewichtet. Bei den Geschäftsrisiken wird auf die Gewichtung nach Größenklassen verzichtet. Bei Zusatzfragen wird die Größenklassen-Gewichtung dann unterlassen, wenn der ungewichtete Anteil der Unternehmen aussagekräftiger ist.

Wird im Text von einem langjährigen Schnitt gesprochen, bezieht sich dieser bei den Wirtschaftszweigen auf den Zeitraum von Herbst 1991 (Lage, Erwartungen) bzw. Herbst 1992 (Exporterwartungen, Investitions- und Beschäftigungsabsichten). Für die Branchen werden die bis 2003 zurückreichenden Daten zur Berechnung des Durchschnittswertes genutzt.

Bei der Frage nach den Geschäftsrisiken können die Unternehmen zu der Antwortoption „Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen“ einen Freitext verfassen. In der aktuellen Umfrage lagen rund 6.000 Freitextantworten vor. Diese wurden anhand der genannten Begriffe und behandelten Themen möglichst trennscharf kategorisiert. Die häufigsten Antworten sind als Wortwolke dargestellt. Je größer ein Begriff ist, desto höher ist die Anzahl der Freitextantworten zu diesem Thema.

Der IHK-Konjunkturklimaindikator wird als geometrisches Mittel der Lage- und Erwartungssalden berechnet. Der Indikator hat demnach folgende mathematische Form: $\sqrt{(L_1 - L_3 + 100) * (E_1 - E_3 + 100)}$, wobei L_1 den Anteil der Unternehmen mit guter Lageeinschätzung darstellt, L_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechter Lageeinschätzung, E_1 den Anteil der Unternehmen mit besseren Geschäftserwartungen und E_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechteren Erwartungen.

Die Umfrage hat von **September bis Oktober 2019** stattgefunden.

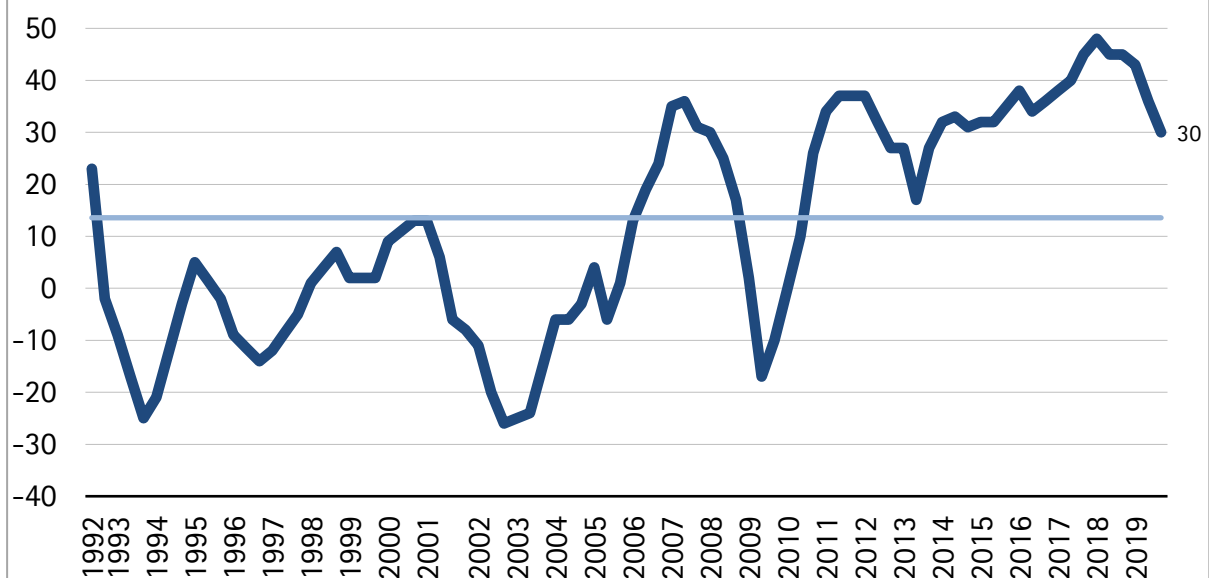
Zeitreihen der DIHK-Umfragen

Geschäftslage; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	gut	befriedigend	schlecht	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2013	38	51	11	27	23	43	15	30	24	26	30	25
Jahresbeginn 2014	41	50	9	32	31	41	22	35	27	31	35	37
Frühsommer 2014	42	49	9	33	35	37	27	34	26	32	40	43
Herbst 2014	40	51	9	31	28	39	18	35	26	29	34	38
Jahresbeginn 2015	41	50	9	32	30	34	18	37	26	31	37	37
Frühsommer 2015	41	50	9	32	32	35	23	34	25	30	37	42
Herbst 2015	44	47	9	35	30	43	24	40	31	35	37	36
Jahresbeginn 2016	46	46	8	38	34	41	28	42	33	37	40	44
Frühsommer 2016	43	48	9	34	31	41	27	37	29	33	40	38
Herbst 2016	44	48	8	36	32	54	26	39	33	36	36	41
Jahresbeginn 2017	46	46	8	38	36	52	28	40	33	37	41	43
Frühsommer 2017	48	44	8	40	44	56	28	39	32	38	48	47
Herbst 2017	51	43	6	45	48	64	31	45	39	49	51	48
Jahresbeginn 2018	54	40	6	48	54	62	35	47	41	53	55	53
Frühsommer 2018	51	43	6	45	52	62	30	44	38	50	52	53
Herbst 2018	52	41	7	45	47	70	30	46	40	51	47	47
Jahresbeginn 2019	50	43	7	43	43	66	31	45	39	49	44	42
Frühsommer 2019	45	46	9	36	34	62	27	37	33	41	37	32
Herbst 2019	41	48	11	30	16	63	22	35	31	32	23	17

Geschäftslage der Unternehmen - in Punkten

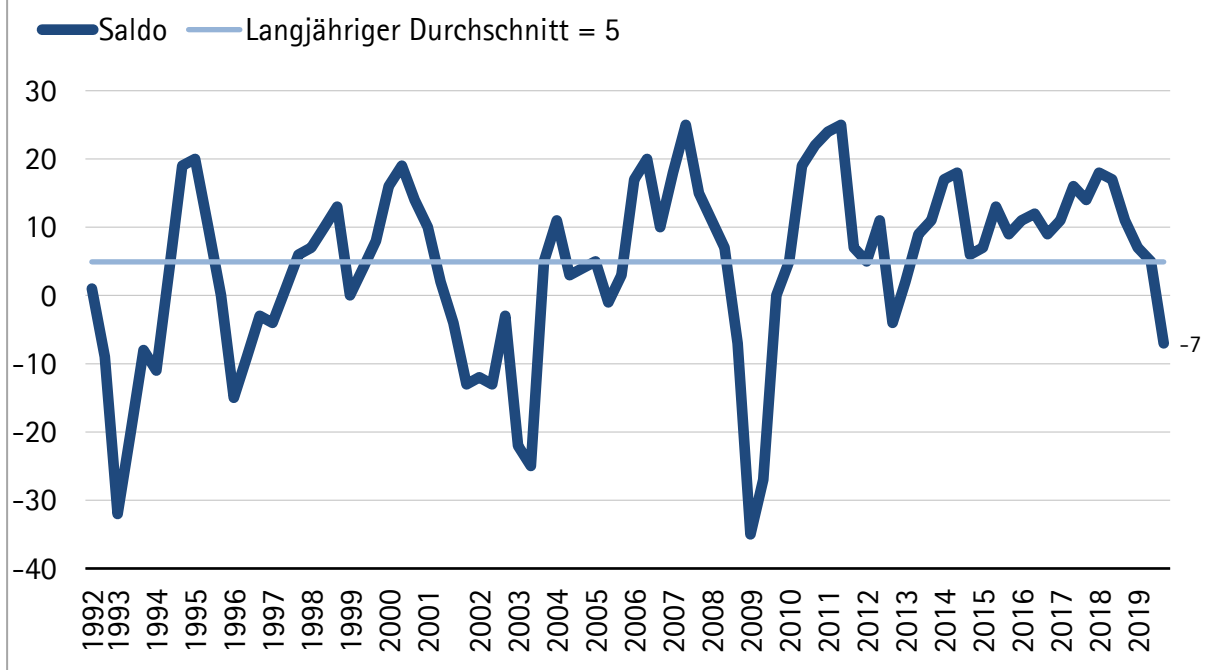
— Saldo — Langjähriger Durchschnitt = 14



Geschäftserwartungen; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	besser	gleich bleibend	schlechter	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2013	24	63	13	11	14	1	9	11	7	12	16	18
Jahresbeginn 2014	28	61	11	17	24	7	15	16	13	20	23	22
Frühsommer 2014	29	60	11	18	22	13	18	16	12	21	22	24
Herbst 2014	21	64	15	6	7	-2	3	7	4	8	7	9
Jahresbeginn 2015	22	63	15	7	11	-1	4	7	5	9	9	10
Frühsommer 2015	26	61	13	13	17	13	11	12	10	17	13	17
Herbst 2015	23	63	14	9	12	1	9	9	6	12	9	11
Jahresbeginn 2016	24	63	13	11	16	6	9	10	8	14	11	10
Frühsommer 2016	25	62	13	12	15	16	12	11	10	15	12	14
Herbst 2016	22	65	13	9	13	5	7	8	7	12	6	11
Jahresbeginn 2017	24	63	13	11	17	11	8	10	9	14	12	13
Frühsommer 2017	27	62	11	16	21	18	13	14	14	20	15	14
Herbst 2017	25	64	11	14	18	8	12	12	10	17	17	12
Jahresbeginn 2018	27	64	9	18	24	15	12	16	13	21	21	22
Frühsommer 2018	26	65	9	17	20	19	10	17	14	20	16	19
Herbst 2018	22	67	11	11	12	9	7	11	9	12	11	13
Jahresbeginn 2019	22	63	15	7	6	8	2	8	5	9	6	9
Frühsommer 2019	21	63	16	5	1	11	3	7	5	7	3	2
Herbst 2019	16	61	23	-7	-15	-4	-7	-3	-4	-8	-14	-12

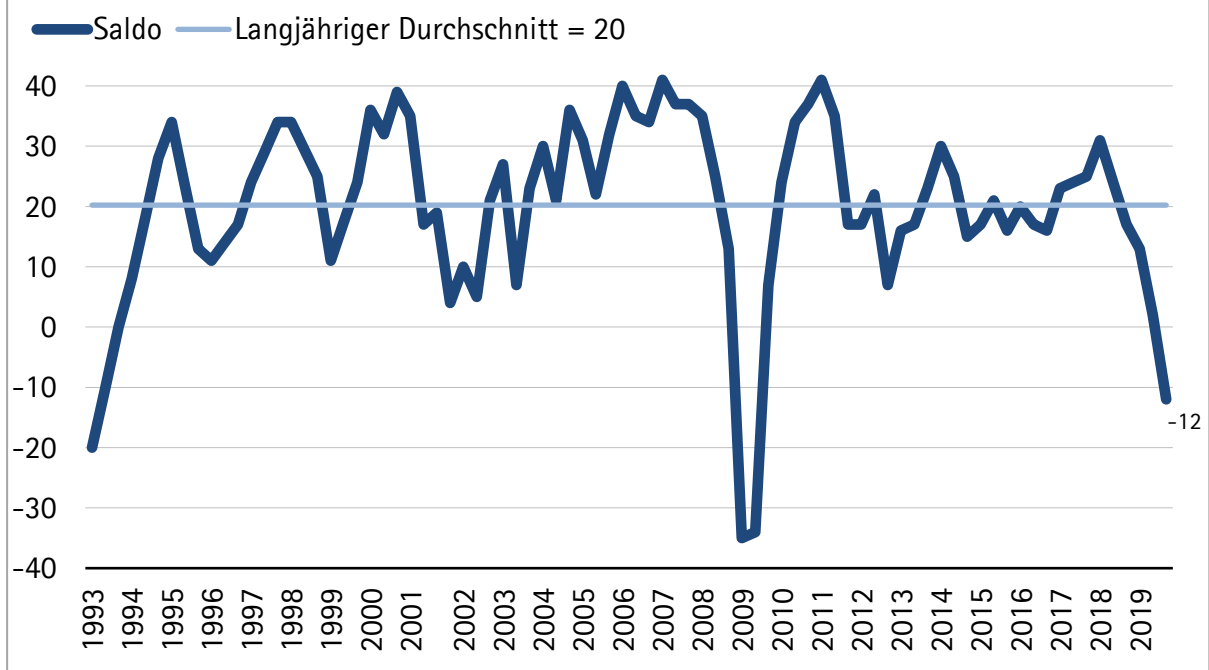
Geschäftserwartungen der Unternehmen - in Punkten



Exportserwartungen der Industrie; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Hauptgruppen			nach Unternehmensgrößenklassen			
	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo Deutschland	Saldo Vorleistungsgüterproduzenten	Saldo Investitionsgüterproduzenten	Saldo Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2013	32	59	9	23	20	28	25	12	19	31	36
Jahresbeginn 2014	37	56	7	30	30	32	29	16	27	40	40
Frühsommer 2014	34	57	9	25	24	27	27	11	21	36	33
Herbst 2014	30	55	15	15	12	15	22	2	9	25	28
Jahresbeginn 2015	30	57	13	17	16	19	18	3	14	26	32
Frühsommer 2015	31	59	10	21	20	23	20	8	17	28	37
Herbst 2015	30	56	14	16	14	17	21	7	12	22	32
Jahresbeginn 2016	32	56	12	20	19	21	24	7	16	30	37
Frühsommer 2016	29	59	12	17	15	18	23	6	13	24	35
Herbst 2016	29	58	13	16	13	18	19	3	14	21	29
Jahresbeginn 2017	34	55	11	23	21	26	24	8	18	33	42
Frühsommer 2017	33	58	9	24	22	28	21	12	19	36	34
Herbst 2017	34	57	9	25	24	28	25	9	20	40	34
Jahresbeginn 2018	38	55	7	31	31	34	29	19	26	44	44
Frühsommer 2018	33	58	9	24	21	30	21	5	21	34	43
Herbst 2018	30	57	13	17	13	22	19	2	15	26	29
Jahresbeginn 2019	28	57	15	13	9	18	17	5	9	22	25
Frühsommer 2019	24	54	22	2	-5	5	15	-5	0	4	18
Herbst 2019	19	50	31	-12	-17	-13	5	-14	-15	-6	-7

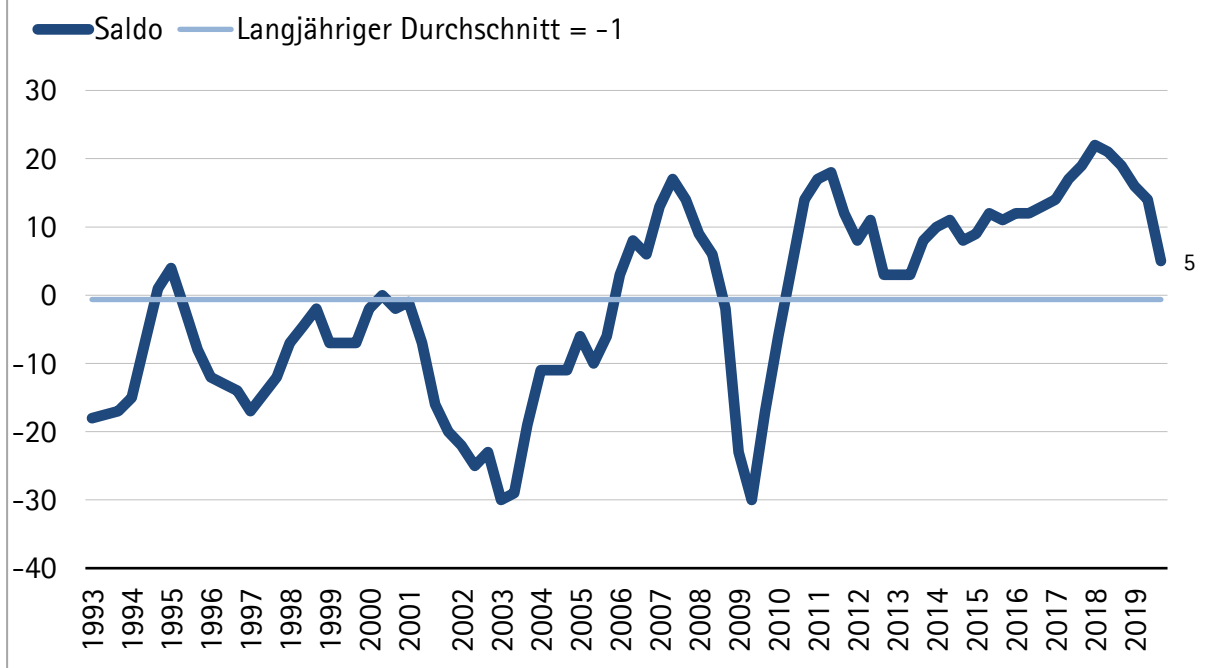
Exportserwartungen der Industrieunternehmen - in Punkten



Investitionsabsichten; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2013	25	58	17	8	8	-3	4	9	4	9	11	15
Jahresbeginn 2014	26	58	16	10	12	0	7	10	5	12	14	15
Frühsommer 2014	27	57	16	11	13	4	8	11	5	13	14	19
Herbst 2014	25	58	17	8	9	-1	5	10	2	10	11	19
Jahresbeginn 2015	26	57	17	9	11	-1	4	11	3	11	13	22
Frühsommer 2015	27	58	15	12	13	3	7	14	6	15	16	23
Herbst 2015	26	59	15	11	11	0	9	13	6	15	15	15
Jahresbeginn 2016	27	58	15	12	12	4	10	13	6	15	17	18
Frühsommer 2016	27	58	15	12	13	8	9	13	6	15	18	22
Herbst 2016	28	57	15	13	12	5	10	14	8	16	15	15
Jahresbeginn 2017	29	56	15	14	14	9	10	16	8	18	17	18
Frühsommer 2017	31	55	14	17	21	14	13	16	10	22	22	24
Herbst 2017	32	55	13	19	24	11	14	19	12	22	26	31
Jahresbeginn 2018	34	54	12	22	27	15	17	21	14	25	30	32
Frühsommer 2018	34	53	13	21	26	18	16	21	14	25	29	32
Herbst 2018	32	55	13	19	22	16	14	20	13	24	26	27
Jahresbeginn 2019	31	54	15	16	16	14	11	17	10	18	21	23
Frühsommer 2019	31	52	17	14	10	17	10	16	9	17	17	16
Herbst 2019	26	53	21	5	-4	5	4	10	4	7	3	1

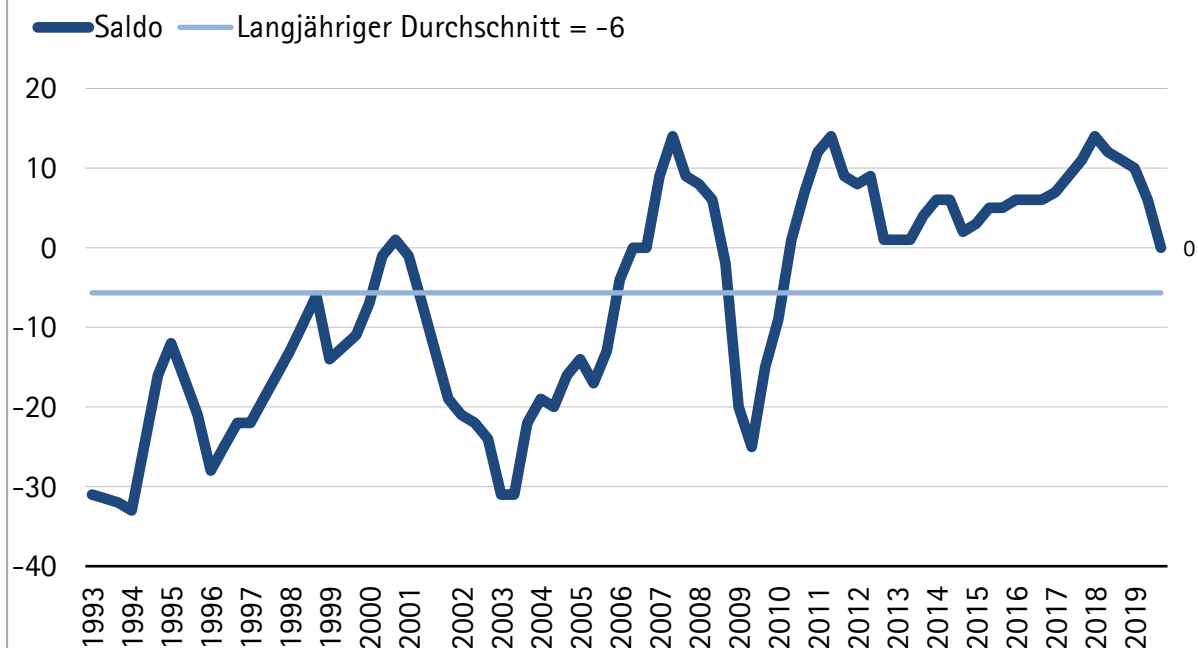
Investitionsabsichten der Unternehmen - in Punkten



Beschäftigungsabsichten; Anteile in Prozent, Saldo in Punkten

	Insgesamt				nach Wirtschaftszweigen				nach Unternehmensgrößenklassen			
	höher	gleich bleibend	geringer	Saldo Deutschland	Saldo Industrie	Saldo Baugewerbe	Saldo Handel	Saldo Dienstleister	Saldo 1-19 Beschäftigte	Saldo 20-199 Beschäftigte	Saldo 200-999 Beschäftigte	Saldo ab 1000 Beschäftigte
Herbst 2013	16	72	12	4	1	0	1	6	3	6	1	-5
Jahresbeginn 2014	17	72	11	6	5	3	3	7	4	9	3	1
Frühsommer 2014	17	72	11	6	5	1	5	8	4	10	6	-1
Herbst 2014	15	72	13	2	0	-3	-1	5	1	5	1	-3
Jahresbeginn 2015	17	69	14	3	2	-2	-1	5	2	5	1	-6
Frühsommer 2015	17	71	12	5	3	3	3	6	3	9	3	-7
Herbst 2015	17	71	12	5	2	1	3	7	4	8	4	-4
Jahresbeginn 2016	18	70	12	6	4	4	4	7	5	10	1	-8
Frühsommer 2016	18	70	12	6	4	9	5	8	6	10	1	-6
Herbst 2016	19	68	13	6	5	5	5	6	5	9	1	-5
Jahresbeginn 2017	20	67	13	7	7	9	6	7	6	11	0	-2
Frühsommer 2017	21	67	12	9	12	13	7	8	7	15	7	-1
Herbst 2017	22	67	11	11	16	10	9	9	8	15	10	6
Jahresbeginn 2018	25	64	11	14	21	14	10	12	10	20	14	11
Frühsommer 2018	23	66	11	12	17	15	9	11	8	19	12	5
Herbst 2018	22	67	11	11	15	12	8	9	7	16	8	5
Jahresbeginn 2019	22	66	12	10	10	11	7	11	8	14	6	5
Frühsommer 2019	19	68	13	6	2	11	6	8	5	11	-5	-1
Herbst 2019	17	66	17	0	-10	4	1	3	1	2	-13	-7

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen - in Punkten



Geschäftsrisiken und Investitionsmotive; in Prozent *exportierende Industrieunternehmen

	Geschäftsrisiken								Investitionsmotive				
	Inlandsnachfrage	Auslandsnachfrage*	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs*	Energie- und Rohstoffpreise	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Herbst 2013	48	40	15	38	36	11	49	40	32	29	27	13	66
Jahresbeginn 2014	45	35	14	41	37	12	47	40	31	29	27	13	66
Frühsommer 2014	43	36	13	41	38	14	44	40	30	28	27	12	66
Herbst 2014	48	47	12	38	38	11	38	43	31	30	26	13	66
Jahresbeginn 2015	48	45	12	42	38	18	27	44	31	30	26	14	66
Frühsommer 2015	44	38	11	42	39	26	31	42	31	30	26	13	66
Herbst 2015	45	48	11	40	42	21	26	41	32	31	27	14	65
Jahresbeginn 2016	45	44	11	40	43	19	24	44	32	31	27	14	66
Frühsommer 2016	45	42	11	40	43	16	24	43	31	31	27	14	66
Herbst 2016	43	44	11	40	48	15	25	38	32	32	28	14	65
Jahresbeginn 2017	40	39	11	40	48	17	32	43	33	33	30	15	67
Frühsommer 2017	38	37	11	39	51	15	31	41	31	32	30	14	66
Herbst 2017	37	33	10	40	56	18	30	38	32	33	32	15	64
Jahresbeginn 2018	33	27	10	42	60	13	32	38	31	33	33	14	65
Frühsommer 2018	34	30	10	42	61	14	30	37	31	32	32	14	64
Herbst 2018	34	33	9	41	62	14	34	39	32	32	32	15	64
Jahresbeginn 2019	38	37	9	43	61	11	36	41	32	32	31	16	65
Frühsommer 2019	42	43	9	42	59	9	32	40	31	33	30	16	64
Herbst 2019	46	50	9	40	56	9	32	45	32	32	26	19	65

Geschäftsrisiken - in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie

- Inlandsnachfrage
- Auslandsnachfrage*
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs*
- Energie- und Rohstoffpreise
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

